Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Republik. 1918-1930
36 (1922)

39 (15.2.1922)

urn:nbn:de:gbv:45:1-453446

Visual Library

36. Jahrgang

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 12.50 Mark, dazu 1.50 Mark Bringerlohn, bei Abholen von der Expedition 13.00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 34.50 Mark, monatlich 11.50 Mark ausschließlich Bestellgeld.

Republik

Preis 60 Pf.

Bei den Inseraten wird die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend mit 90 Pfennig berechnet, für auswärtige Inserenten 1.20 Mk., bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Anzeigen im Reklameteil die Millimeterzeile 4.00 Mark.

Norddeutsches Volksblatt — Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptexpedition: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58 | Rüstringen, Mittwoch, 15. Februar 1922 * Nr. 39 | Redaktion: Peterstraße 76 Fernsprecher Nr 1265.

Die Krise in Berlin.

Vor der Entscheidung.

(Eig. Drahtbericht.) Der Ernst der augenblicklichen Situation geht aus der Tatsache hervor, daß sämtliche Fraktionen des Reichstages noch in den späten gestrigen Abendstunden nach der Plenarsitzung zu Besprechungen zusammentraten. Im Laufe des Tages waren zwischen den Koalitionsparteien und der Deutschen Volkspartei, sowie zwischen der Sozialdemokratie und dem Reichskanzler Besprechungen geführt worden. Statt einer Klärung der Situation ergaben die interfraktionellen Besprechungen eine Verschärfung der Lage. Die Demokraten hielten unbegreiflicherweise den Tag für gekommen, um die Sozialdemokratie in die große Koalition hineinzutreiben, und auch die Vertreter der Deutschen Volkspartei glaubten jetzt das erreichen zu können, was sie schon lange ersehnen, um so ihren Einfluß geltend zu machen. Es mag sein, daß die Demokraten mit ihrer Taktik nicht die Absicht haben, Schwierigkeiten hervorzurufen, zumal sie trotz allem am Mittwoch für das Vertrauensvotum zu stimmen gedenken. Sicher aber ist, daß der gänzlich unpolitische Vorstoß der Demokraten eine Situation geschaffen hat, für die ein Ausweg auch im Lauf des Dienstag abend nicht gefunden wurde.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich eingehend mit dem Ansinnen der Demokraten. Es ist kein Geheimnis mehr, daß innerhalb unserer Fraktion keine Neigung zur Verwirklichung der großen Koalition besteht. Wenn schon bisher Sehnsucht, mit der Deutschen Volkspartei zu gehen, nicht bestand, so hätten sich auch die Demokraten darüber klar sein sollen, daß der gegenwärtige Augenblick, in dem die Deutsche Volkspartei erneut ihre Unzuverlässigkeit durch ihr Mißtrauensvotum bezeugt, gerade nicht dazu angetan ist, eine nicht vorhandene Sehnsucht herbeizuführen. Bevor sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit der Frage der großen Koalition beschäftigen kann, muß vor allem erst Klarheit darüber geschaffen werden, was die Deutsche Volkspartei unter den sachlichen und persönlichen Sicherheiten versteht. Das kann schon heute gesagt werden, daß die Sozialdemokratie nicht daran denkt, ihren Einfluß, den sie besitzt, weitgehend einschränken zu lassen.

Nach eingehender Debatte, die volle Einmütigkeit zeigte, wurde in der gestrigen Sitzung der Reichstagsfraktion folgender Beschluß gefaßt, der die von den Demokraten bei Abschluß der interfraktionellen Verhandlungen am gestrigen Vormittag gestellten Fragen klar beantwortet:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt: 1. Sie wird bei der morgigen Abstimmung alle ihre Stimmen für die vom Kanzler angegebene Erklärung abgeben. 2. Sie ist nicht in der Lage, zu dem Zweck das Ergebnis dieser Abstimmung zu beeinflussen, irgendwelche Zusagen bezüglich ihrer Beteiligung an einer sogenannten großen Koalition zu machen.“

Diese Erklärung besagt deutlich, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion keine Neigung besitzt, die Absicht der Deutschen Volkspartei, bei Verwirklichung der großen Koalition das Mißtrauensvotum zurückzunehmen, zu akzeptieren.

Die Entscheidung der Unabhängigen, die am gestrigen Abend bis in die späte Nacht hinein tagten, gewinnt in dieser Situation besondere Bedeutung. Noch ist nicht gewiß, ob die Unabhängigen dazu beitragen, daß das Kabinett der Erfüllung, das bekanntlich nach eigenen Aeußerungen der unabhängigen Presse unabhängige Politik treibt, erhalten bleibt.

Bemerkenswert ist, daß ein rechter Flügel der Zentrumsfraktion unter Führung von Hermes gegen Wirth intrigiert. Hermes scheint das Bedürfnis zu haben, mit Hilfe der Rechtsparteien Reichskanzler zu werden. Auch gegen den Minister Giesberts und den Reichsverkehrsminister Groener wird eifrig von der Rechten intrigiert.

Heute morgen um 10 Uhr fanden abermals interfraktionelle Besprechungen statt.

Eine Amnestie angekündigt.

Bei der Beratung seines Haushaltes im Hauptausschuß des Reichstages teilte Reichsjustizminister Radbruch mit, daß er eine Amnestievorlage für alle politischen Vergehen mit wenigen Ausnahmen beabsichtige, und zwar sollen die Vergehen in Betracht kommen, die nach dem 4. August 1920 begangen worden sind. Das Kabinett hat noch keine Stellung dazu genommen.

Aus dem Reichstage.

(Eigener Drahtbericht.) Der Beginn der Dienstagsitzung des Reichstages ist der Beantwortung kleiner Anfragen vorbehalten. Auch diesmal befanden sich unter den Anfragen nur wenige, die allgemeine Beachtung verdienen. Mit welcher Leichtfertigkeit Abgeordnete der Rechtsopposition Anfragen einbringen, von denen bekanntlich jede 1000 Mark Druckkosten verursacht, bewies wieder einmal der deutschnationale Abg. Stratmann, der eine geradezu kindliche Anfrage über Tarifbüchlein und Briefmarkenbildchen in der Sitzung zurückzog, weil es ihm fern gelegen habe, den Reichsschatzminister bitten zu wollen.

Eine ungenügende Beantwortung erhielt die Anfrage, die noch von der verstorbenen Abg. Frau Zietz eingereicht ist, und wissen will, was die Reichsregierung tun wolle, um eine Pension an den Hochverräter v. Lüttwitz zu verhindern, um die dieser sich eifrig bemüht. Es wird notwendig sein, daß eine neue Anfrage in diese dunkle Angelegenheit hineinleuchtet.

Die Genossin Bohm-Schuch wollte durch eine Anfrage den Reichsernährungsminister zu einer besseren Bewirtschaftung der Kartoffeln antreiben. Insbesondere wollte sie ihn anhalten, sich um die Erfüllung der Lieferungsaufträge auf Kartoffeln zu kümmern, und sie wollte festgestellt wissen, welche Mengen in den einzelnen Bezirken zur Verfügung der Bevölkerung kämen. Die Antwort war ebenso lang wie nichtssagend. Das Reich habe keine gesetzliche Handhabe, um die Erfüllung der Lieferungsverträge zu erzwingen, das könne nur durch Zivilklage geschehen. Im übrigen war die Antwort das Eingeständnis der vollkommenen Untätigkeit und Machtlosigkeit der Reichsregierung in der Kartoffelwirtschaft. Das sind eben die Segnungen der freien Wirtschaft, nach der leider auch die Verbraucher leichtfertig gerufen haben.

Es folgt dann die 2. Beratung des Reichsmietengesetzes, das tief in das Verhältnis zwischen Hausbesitzer und Mieter einzugreifen bestimmt ist. Es will den Mietspreis und die verschiedenen Zuschläge zur Miete für kleinere und größere Reparaturen und für die Verwaltungskosten des Hauses regeln. Das Gesetz wird umstritten wie selten eine Vorlage. Seit Monaten werden die Abgeordneten mit schriftlichen und telegraphischen Eingaben sowohl der Mieter wie der Hausbesitzer bestürmt. Es ist unmöglich, im Rahmen dieses räumlich beschränkten Parlamentsberichtes auf die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes näher einzugehen. Wir werden dies in einem späteren Aufsatz nachholen. Einstweilen ist noch ungewiß, welche endgültige Gestaltung das Gesetz in der 2. und der 3. Lesung erlangen wird.

Unser Genosse Silberschmidt wies in der Generaldebatte nach, daß das Gesetz bei weitem unseren Ansprüchen nicht genügt. Von einer sozialen Fürsorge durch das Gesetz könne gar keine Rede sein. Das Kontrollrecht der Mieter sei nach den Kommissionsbeschlüssen sehr gering. Wir müßten erwarten, daß die Landesbehörden nach Verabschiedung des Gesetzes anordnen, daß der Vermieter den Mietern eine Abrechnung über die für Reparaturen aufgewendeten Gelder zu geben hat. Silberschmidt erinnert die Deutsche Volkspartei, die jetzt gegen das Gesetz Sturm laufe, daran, daß der Entwurf noch aus der Zeit des Reichskabinetts mit Fachministern stammt, in dem auch die Volkspartei vertreten war. Was bei einer sogenannten freien Wirtschaft herauskommt, das zeigte unser Redner an einer einzigen Zahl. Die gesamten Mietbeträge in Deutschland betragen jetzt 6 Milliarden jährlich. Sollte die Mietenverordnung fallen, so wäre nicht aufzuhalten, daß binnen kurzer Zeit die Mieten in allen Häusern entsprechend der 30fachen Verteuerung der Baukosten steigen würden, mithin auf 180 Milliarden im Jahre. Das wäre ein ungeheures Milliardengeschenk für den Haus- und Grundbesitz und die Bodenrente würde dauernd entsprechend steigen.

Für die Deutschnationalen hielt der Abg. Gutknecht eine bissige Rede gegen jede Zwangswirtschaft und einen Lobgesang auf unbeschränkten Wohnungswucher. Das Mietgesetz sei ein Ausnahmegesetz. Es werde nicht durchzuführen sein. Die Deutschnationale Volkspartei werde es ablehnen.

Der Zentrumsmann Schlack begriff nicht, weshalb sich der Hausbesitz so gegen das Gesetz wehre. Von einer Sozialisierung könne doch gar keine Rede sein. Er ringt sich übrigens zu dem Bekenntnis durch, daß der absolute Eigentumsbegriff zugunsten eines christlich-sozialen Eigentums aufgegeben werden müsse. In seiner eigenen Fraktion wurde diese Wendung von manchem Abgeordneten unbehaglich empfunden. Herr Schlack biederte sich aber gleich darauf bei den Hausbesitzern an, in dem er für höhere Mieten bei gewerblichen Räumen eintrat. Eine ganz verhängnisvolle Forderung, weil sie das ganze System des Gesetzes durchbricht, und weil eine höhere Miete für gewerbliche Räume ständig zum Anreiz dient, Wohnräume in gewerbliche Räume umzuwandeln.

Der Deutschvolksparteiler Buthien versuchte den deutschnationalen Konkurrenten an Mieterfeindlichkeit zu übertreffen. Der Teufel der Sozialisierung lugt nach ihm aus allen Paragraphen des Gesetzes hervor. Auch die Deutsche Volkspartei will nichts von dem Gesetz wissen.

Erzbergers Mörder in Budapest?

Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht eine ihr zugegangene Meldung, nach der die beiden Mörder Erzbergers, Schulz und Tillessen, in Budapest eingetroffen sind. Dort sei ihre Anwesenheit offenes Geheimnis. Das Blatt fügt hinzu, daß es keinen Grund habe, an der Zuverlässigkeit der Nachricht zu zweifeln.

Wie das Berliner „Achtuhrabendblatt“ meldet, wird die Budapester Oberlandeshauptmannschaft auf Ersuchen der Offenburger Staatsanwaltschaft einen Steckbrief gegen die der Ermordung Erzbergers Beschuldigten, und zwar gegen den Münchener Kaufmann Schulz und den ehemaligen Oberleutnant Tillessen, erlassen. Das Blatt fügt hinzu, daß zur Erforschung der Genannten auch deutsche Geheimpolizisten nach Budapest gekommen seien, da sich Anhaltspunkte dafür ergeben haben, daß die beiden Beschuldigten sich in Budapest aufhalten.

Ministermord in Finland.

Aus Helsingfors wurde gestern abend gemeldet: Heute nachmittag wurden auf den Minister des Innern, Ritavuori, drei Revolverschüsse abgegeben, als er vor seiner Wohnung aus dem Automobil stieg. Er erlag auf dem Wege zum Krankenhause seiner Verletzung. Der Mörder wurde verhaftet. Es ist ein Kaufmann Ernst Tandefelt, der niemals eine politische Rolle gespielt hat. Der Mörder wird für nicht voll zurechnungsfähig gehalten.

Ein Verzweiflungsakt.

Aus Boston (Amerika) wird gemeldet: 40 000 Baumwollspinnereiarbeiter in Newengland proklamierten den Streik, um gegen die Herabsetzung der Löhne um 20 Prozent und den Versuch der Verlängerung der Arbeitszeit von 48 auf 53 Stunden wöchentlich zu protestieren.

Sozialistenkonferenz in Frankfurt.

Nachdem infolge des Eisenbahnerstreiks und der Verweigerung der Einreiseerlaubnis durch die französische Regierung die deutschen Delegierten an der auf den 4. Februar einberufenen sozialistischen Konferenz nicht haben teilnehmen können, haben die Delegierten der anwesenden Parteien die sozialistischen und kommunistischen Parteien der fünf Länder England, Deutschland, Belgien, Italien und Frankreich zu einer neuen internationalen Konferenz einberufen, die am Sonnabend den 25. Februar in Frankfurt a. M. beginnen soll. Auf der Tagesordnung steht die wirtschaftliche Lage Europas und insbesondere die Reparationsfrage.

Nach Washington.

Die Abrüstungskonferenz von Washington hat ihr Ende erreicht. Ihre Tagungsdauer erstreckte sich auf etwa ein Vierteljahr. Auf dem europäischen Festlande sah man den Verhandlungen mit geringem Vertrauen entgegen. Heute lautet das allgemeine Urteil wesentlich günstiger. Man hat zum großen Teil eingesehen, daß hinter den Vereinigten Staaten nicht nur der Klassenmachtwille, sondern auch ein Ideal steht. Dieses Ideal ist der Pazifismus. Es ist ein höchst nüchterner Pazifismus. Kriege und Kriegsrüstungen verschlingen Geld, also ist es besser, Krieg zu vermeiden. Kriege vermeiden kann am leichtesten der Stärkste und Reichste, wenn er sein Uebergewicht klug in die Wagschale wirft. Brauch der Reichen und Staaten Europas vor dem Kriege war es, den Reichtum in militärischen Rüstungen anzulegen. Die Vereinigten Staaten haben (in diesem Maße zum erstenmal in der Weltgeschichte) mit dieser Sitte gebrochen. Sie übten kraft ihres wirtschaftlichen Uebergewichtes auf die Wettbewerber einen Druck aus, um sie zu Rüstungseinschränkungen zu veranlassen. Gewiß, Heere und Flotten bleiben auch in Zukunft bestehen, aber Ausmaß und Tempo der Rüstungen werden wesentlich herabgesetzt. Bis 1936 tritt zunächst einmal eine Ruhepause für größere Flottenneubauten ein. Dem Rüstungsfieber wird ein Ende gemacht. Damit wird mit dem verhängnisvollen Grundsatz aus den Zeiten der römischen Weltwirtschaft aufgeräumt: „Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor.“

Mancherorts wird ausgerechnet, daß auf Grund des verminderten Flottenprogramms, wie es in Washington festgelegt wurde, bewaffnete Konflikte ausgeschlossen seien; es wird darauf hingewiesen, daß die kleineren Flotteneinheiten einen recht großen Bewegungsspielraum freigeben und daß die völkerrechtlichen Abmachungen über die Beschränkung der U-Bootwaffe im Kriegsfalle nur auf dem Papier steht. Das sind Fragen, deren Erörterung man bis ins Uferlose ausdehnen kann. Bis in die letzten Konsequenzen verfolgt, müßte das zu der Ansicht führen, daß Abrüstung überhaupt nutzlos ist. Denn selbst wenn allseits die letzten Waffen vernichtet sind, mit Holzkeulen könnte man die Menschheit von neuem aufeinander loslassen. Aber derartige Erörterungen sind gänzlich fruchtlos und nur aus der europäischen Einstellung heraus denkbar. Man muß sich von der Wahnvorstellung befreien, daß ein gesunder Pazifismus politisch eine Utopie ist, wenn man die Tragweite der Konferenz von Washington überblicken will.

Tatsächlich die Schwierigkeit der Konferenz von Washington nicht in den Abrüstungsfragen, sondern in dem wirtschaftlichen Problem, wie es sich weniger im Stillen Ozean, als in China im Laufe der letzten Jahrzehnte verdichtet hat. Hier prallten zum erstenmal die europäischen Kolonisationsmethoden mit den amerikanischen zusammen. England, Deutschland, Frankreich und Japan, sie alle konnten sich die Kolonisation, die wirtschaftliche Durchdringung nicht ohne Besitznahme von Land denken. Die Gesamtpolitik Europas gründete sich auf den Begriff der militärischen Macht; staatlicher Besitz, Landraub, war die erste Voraussetzung für wirtschaftliche Expansionen. Es war die typisch auf den Krieg eingestellte Politik.

Ganz anders die Vereinigten Staaten. Dem Staat als solchen lag nicht das geringste am Landbesitz. Privatangelegenheit jedes einzelnen war es, sich außerhalb seines Staatengebietes Land und wirtschaftlichen Einfluß zu erwerben. Man ließ der Entwicklung seinen Lauf aus dem gesunden Optimismus heraus: der wirtschaftlich Kräftigste bleibt letzten Endes Sieger, auch wenn ihm nicht Bajonettspitzen den Weg bahnen. Nur so kann man es verstehen, wenn die Vereinigten Staaten jede außenpolitische Betätigung ablehnen; es ist weniger der Grundsatz, sich nicht in fremde Verhältnisse einzumischen, als eine gewisse an Verachtung grenzende Abneigung gegen Politik überhaupt. Es war deshalb ein sehr bezeichnendes Mißverständnis, wenn die Entente auf den Pariser Friedenskonferenzen den Vereinigten Staaten das Protektorat über Armenien anbot. Wilson mochte von der europäischen Politik überfahren werden, das amerikanische Volk als solches konnte nur mit Achselzucken an dem Angebot vorbeigehen.

In China also standen die von keinem Soldaten bewachten Interessen der amerikanischen Unternehmer dem staatlich geschützten Einfluß der anderen außerchinesischen Nationen gegenüber, wobei nach Ueberwältigung Deutschlands der vom Militär stark getragene Ausdehnungsdrang Japans in den Vordergrund gelangte und jede andere friedliche Ausdehnung fortzufegen drohte. Darin sah man allgemein den Grund für einen künftigen Krieg zwischen Amerika und Japan und tatsächlich mußte die Konferenz von Washington der Hauptsache nach scheitern, wenn in dieser Frage kein Ausgleich gefunden wurde. Dieser Ausgleich konnte aber nur das Prinzip der offenen Tür, die von militärpolitischen Rückendeckungen freie wirtschaftliche Gleichberechtigung aller Nationen in China sein. Wen kann es wundernehmen, daß diese außerordentlich verwickelte,

Landesbibliothek Oldenburg

in die japanischen Interessen sehr empfindlich eingreifende Frage Monate in Anspruch nahm, bis ein Uebereinkommen geschlossen werden konnte. Auch hier haben die Vereinigten Staaten im Prinzip einen vollen Sieg davongetragen. Japan wird seine Truppen aus China zurückziehen, es wird das deutsche Erbe Kiautschau an sein Mutterland zurückerstatten, wie auch England und Frankreich sich verpflichtet haben, ihre chinesischen Pachtungen an den Eigentümer zurückzugeben. Mißtrauische Gemüter betonen, daß, wie in der Flottenfrage, auch in dem Probelm des fernen Ostens eine Reihe von Punkten nicht beantwortet wurde. Konfliktsstoffe bleiben sicherlich bestehen, aber die wird es immer geben. Das wesentliche ist, von welchem Geist die Staatsmänner und Völker beseelt sind, die sie aus dem Wege zu räumen haben. Washington hat gezeigt, daß es auch heute noch und bereits heute möglich ist, ohne Kriegsdrohungen und Probemobilmachungen zum Ziele zu kommen. Wenn die Persönlichkeiten, die sich in Genua versammeln, etwas von diesem Geist mitbringen, und nicht durch Außenseiter in ihrer Arbeit behindert werden, darf Europa aufatmen.

Eine Milliardenrechnung.

Im dritten Bande des Reichshaushaltsplans, der dem Reichstag soeben zugegangen ist, befindet sich als gewichtigster Abschnitt der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages für das Rechnungsjahr 1922. Die Aufwendungen aus dem Friedensvertrag werden mit 187½ Milliarden Mark eingesetzt. Diese Summe verteilt sich wie folgt:

a) Allgemeine Reparationsausgaben ...	185 000 000 000 ℳ
b) Besatzungskosten	6 267 406 000 ℳ
c) Ausgaben für interalliierte Kommissionen	1 845 565 000 ℳ
d) Leistungen aus dem Friedensvertrag außerhalb der Reparationen	20 723 700 000 ℳ
e) Aufwendungen für das Ausgleichsverfahren	18 000 000 000 ℳ
f) Innere Ausgaben aus Anlaß des Friedensvertrages	5 695 025 076 ℳ

Die interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz allein erfordert 295 Millionen Mark.

Die Verteilung des oberschlesischen Eisenbahnmaterials.

Wie verlautet, hat sich die Eisenbahnkommission, die von der Verhandlungskommission für die oberschlesischen Fragen eingesetzt wurde, hinsichtlich der Verteilung des Fahrparkes wie folgt geeinigt: An Polen sollen 430 Lokomotiven, 654 Personenwagen und 2400 Güterwagen kommen. Bei Deutschland verbleiben 680 Lokomotiven, 1021 Personenwagen und 20 454 Güterwagen. Deutschland hat dazu die Verpflichtung übernommen, die Wagen und Maschinen in gebrauchsfähigem Zustande abzuliefern und während eines Jahres alle Reparaturen auszuführen, da sich alle Reparaturwerkstätten in dem deutsch bleibenden Teile Oberschlesiens befinden.

Die Wirtschaftsbeihilfe für die Beamten.

Im Reichsfinanzministerium wurde unter Vorsitz von Ministerialdirektor von Schlieben die Besprechung mit den Spitzenorganisationen der Beamten über die Einführung von Wirtschaftsbeihilfen an Beamte in Anlehnung an die den Arbeitern gewährten Ueberteuerungszuschüsse fortgesetzt. Uebereinstimmung herrschte unter den Beamtenvertretern darüber, daß in den Orten, in denen den Arbeitern Ueberteuerungszuschüsse gewährt werden, den Beamten in engster Anlehnung an diese Zuschüsse Wirtschaftsbeihilfen unter Umrechnung von je 10 Pf. die Stunde der Ueberteuerungszuschüsse in einem jährlichen Beihilfsbetrag von 250 Mark gewährt werden soll. Nachdem noch eine Reihe technischer Einzelheiten besprochen war, gab der Vorsitzende im Namen des Reichsfinanzministers die Versicherung ab, daß die Regierung Wert auf eine möglichst rasche Auszahlung der Wirtschaftsbeihilfen lege und das dazu Erforderliche tun werde. Für die Angestellten wird eine entsprechende Regelung getroffen.

Die Angelegenheit Oerter.

Das Vorgehen des Unabhängigen Zentralkomitees im Falle Oerter hat die Braunschweigische Landtagsfraktion veranlaßt, am Sonntag einstimmig den Ausschluß Oerters aus der Fraktion zu beschließen. Gleichzeitig wurde ein Schreiben an die sozialdemokratische Landtagsfraktion vereinbart, das die Vorwürfe gegen einzelne Genossen, die Regierungsmitglieder sind, zurücknimmt: „In Ergänzung unseres Schreibens vom 8. Februar teilen wir mit, daß wir unsere Ausführungen über einige Ihrer Fraktionskollegen zurückziehen. Die Grundlagen unserer damaligen Stellungnahme stammten von einem Manne, dessen Ausführungen wir heute keinen Glauben mehr schenken können. Wir legen daher auf eine weitere Verfolgung oder Besprechung der Angelegenheit keinen Wert mehr und bitten Sie, hiervon die Genossen Antrick und Steinbrecher in Kenntnis zu setzen."

•

Am heutigen Mittwoch findet in Braunschweig eine Mitgliederversammlung der USP. statt, in der Crispien vom Zentralvorstand sprechen wird. Auf der Tagesordnung steht der Ausschluß Oerters aus der Partei.

Noch einmal: Nationaldeutsche Juden.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Als Erwiderung auf Ihren Artikel in Nr. 35 „Nationaldeutsche Juden" bitte um gefällige Aufnahme von Folgendem in Ihrer Zeitung: Diese nationaldeutschen Juden werden in der ganzen jüdischen Presse bekämpft und gehört diesem Verband — hoch gegriffen — vielleicht ½ Proz. der jüdischen Bevölkerung in Deutschland an. Wir Juden verabscheuen die Tätigkeit dieser Gesellschaft und gehen unsere Ansichten über diese reaktionäre Vereinigung mit der Ihren konform. Wie in den Reihen aller Parteien Verräter an der eigenen Sache entstehen (was nicht zu verhindern ist!), so auch entstand dieser Verband „Nationaldeutscher Juden" in unseren Reihen, oder richtiger gesagt, außerhalb unseren Reihen. Wie die Sozialdemokratie die Nationalsozialistische Partei von sich stößt und verachtet, so stößt die große Mehrheit der Juden die „Nationaldeutsche Vereinigung" von sich und will nichts mit ihr gemein haben. H.

Gegen eine Rachepolitik.

Der Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft hielt am Sonntag in Anwesenheit vieler Mitglieder aus allen Teilen des Reiches eine Besprechung über die Frage der Maßregelungen ab. Allgemein wurde festgestellt, daß die Erregung, die durch die Ausdehnung der Maßregelungen entstanden ist, große Gefahren in sich birgt, und lokale Streiks nicht ausgeschlossen sind. In Frankfurt a. M. sollen von der Eisenbahndirektion bzw. von der Direktion untergeordneten Stellen allein 5000 Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung eingeleitet sein. Insgesamt wird die Zahl der Verfahren auf 30 000 angegeben. In Anbetracht der Lage richtete der Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft am Montag an den Reichskanzler eine Eingabe, in der an die gegebenen Versprechungen erinnert und um Innehaltung der von dem Reichskabinett festgesetzten Richtlinien gebeten wird. Gleichzeitig macht die Reichsgewerkschaft auf die allgemeine Erregung innerhalb der Eisenbahnerschaft aufmerksam und weist darauf hin, daß die Möglichkeit lokaler Streiks sehr groß ist.

Eine Statistik aus „großer Zeit".

Den „Times" wird aus Paris berichtet, daß das internationale Arbeitsbureau das erste Material über die Anzahl der im Kriege verwundeten Soldaten gesammelt hat. Die Gesamtzahl beträgt 5 911 000. Sie verteilt sich folgendermaßen über die verschiedenen Länder: Frankreich 1 500 000, Deutschland 1 400 000, England 1 170 000, Oesterreich 1 164 000, Italien 570 000, Polen 320 000, Amerika 246 000, die Tschechoslowakei 175 000, Serbien 154 000, Kanada 188 000, Rumänien 84 000, Belgien 40 000. Die Einzelheiten über Rußland, die Türkei und Bulgarien fehlen noch.

Aus Rußland.

Wolff verbreitet folgendes: Bis zum 1. Februar sind aus den Hungergebieten gegen 62 000 Kinder abtransportiert worden; etwa 80 000 harren noch des Abtransportes. Im ganzen waren 338 650 zum Abtransport angemeldet, die anderen sind gestorben.

Im ganzen Gouvernement Kiew ist starker Schneefall eingetreten, der eine wesentliche Besserung der Ernteaussichten bedeutet.

Aus Nikolajew wird gemeldet: Seit Ende Januar werden auf dem hiesigen Markt etwa folgende Preise gezahlt: Schwarzbrot 23 000 bis 25 000 Rubel, Rindfleisch 15 000 bis 22 000 Rubel, Pferdefleisch 6000 Rubel, Talg 80 000 bis 100 000 Rubel, Maismehl 30 000 bis 32 000 Rubel, weiße Bohnen 28 000 bis 30 000 Rubel, Kartoffeln 75 000 bis 80 000 Rubel, Kohlen 20 000 Rubel, Zuckerbonbons 88 000 bis 84 000 Rubel, Butter 70 000 bis 100 000 Rubel, Seife 15 000 bis 40 000 Rubel, weißes Mehl 1 Million bis 1,6 Million Rubel, alles pro Pfund.

Gildensozialismus und Gewerkschaften.

In England hat im letzten Jahrzehnt eine Bewegung Bedeutung erlangt, die sich die praktische Verwirklichung des wirtschaftlichen Sozialismus durch die Gewerkschaften zum Ziel setzt. Sie will keinen Staatssozialismus — den sie als Staatskapitalismus ansieht und von dem sie keine Erlösung der Arbeiter aus wirtschaftlicher Unfreiheit erwartet —, sondern sie will die Gewerkschaften zu Trägern der Wirtschaft machen. Diese Bewegung ist der Gildensozialismus.

Das Wort „Gildensozialismus" erinnert lebhaft an das Zunftwesen des Mittelalters. Der Gildensozialismus hat aber mit dem Mittelalter gar nichts zu tun, sondern weist weit in die Zukunft hinein. Er erstrebt nicht die Rückbildung der heutigen Gewerkschaften zu Zünften, sondern ihre Fortbildung zu großen Wirtschaftskörperschaften, deren Aufgabe die Kontrolle der Produktion und die Führung der sozialistischen Wirtschaft sein soll. Er erstrebt den Zusammenschluß der heutigen Fachverbände zu großen Industriegewerkschaften, die alle Kopf- und Handarbeiter einer Industrie zu gemeinsamen wirtschaftlichen Aufgaben vereinigen sollen. Er fordert die Selbstverwaltung der einzelnen Industrien durch die Gewerkschaften unter der Oberhoheit des Staates. Der Staat als Verkörperung der Volksgesamtheit soll nur Eigentümer der Produktionsmittel — des Grund und Bodens, der Bergwerke, der Fabriken usw. — sein, die Leitung der Industrie aber den Gewerkschaften übertragen. Die Gewerkschaften sollen „die anerkannten Beauftragten der Allgemeinheit auf wirtschaftlichem Gebiete" sein. Die beiden Führer des englischen Gildensozialismus, G. D. H. Cole und W. Mellor, drücken das in ihrer Schrift „Gildensozialismus" (Rheinland-Verlag, Köln) so aus:

„Der Prüfstein des Gildensozialismus ist seine Bereitschaft, die Leitung der Industrie in die Hände der Gewerkschaften zu legen. Dem Staat als dem Vertreter der Allgemeinheit will er nur noch das Recht des Einspruchs und der Kritik zuerkennen . . . Er glaubt, daß diejenigen, die in einer Industrie tätig sind, gerade die richtigen sind, um diese Industrie im Interesse der Allgemeinheit zu leiten. Jede Gilde ist in ihrem besonderen Industriezweig die berufene Vertreterin der Allgemeinheit."

Und in einer weiteren Schrift („Gildensozialismus", Verlag von Kaden u. Co., Dresden) äußert sich G. D. H. Cole über den Unterschied zwischen den heutigen Gewerkschaften und den zukünftigen Gilden wie folgt:

„Eine Gilde, wie wir sie uns denken, würde sich dadurch von einer Gewerkschaft unterscheiden, daß sie die Gesamtheit der Arbeiter, Experten, Angestellten, Kopfarbeiter und Handarbeiter jeder Art umfassen würde — eben alle Arbeiter, die nötig sind, um diese Industrie wirksam zu betreiben im Dienste der Allgemeinheit. In unserer Haltung gegenüber der Gewerkschaftsbewegung haben wir immer dieses Ziel vor Augen. Wir versuchen immer, eine Organisation zu schaffen, die nicht nur fähig ist, den Kapitalismus zu stürzen — was eine verhältnismäßig leichte Sache ist —, sondern den Kapitalismus zu ersetzen, was eine viel schwierigere Sache ist. Deshalb versuchen wir, nicht nur die verschiedenen Zweiggewerkschaften der Handarbeiter zu Industrieverbänden zusammenzufassen, sondern auch diese Gewerkschaften in möglichst enge Beziehung zu den Gewerkschaften der Kopfarbeiter und Techniker zu bringen mit dem letzten Ziele, die Gesamtheit der Arbeiter in den verschiedenen Industrien zu einer einzigen Organisation zusammenzufassen."

Der zweite Punkt, in dem sich eine Gilde von der heutigen Gewerkschaft unterscheidet, besteht nach Cole darin, „daß die Gilde in der Hauptsache sich nicht mit der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder befassen würde, sondern mit dem Betrieb der Industrie. Die Hauptarbeit der Gilde läge nicht in Schutzmaßnahmen, nicht im gemeinsamen Einkauf, nicht in Sicherung des Lebensstandarts ihrer Mitglieder; sie würde bestehen in der Herstellung der Güter, in der Sorge für wirksame und tatkräftige Betriebsführung, in der wirklichen Leitung und Selbstverwaltung der Industrie".

Der Gildensozialismus, für dessen allmähliche Durchführung die zwei großen englischen Gewerkschaften der Bergarbeiter und der Eisenbahner bereits schwere Kämpfe geführt haben, geht sonst andere Wege, als sie der Gewerkschaftskongreß in Nürnberg für die deutschen Gewerkschaften festgelegt hat, indem er es ausdrücklich ablehnte, die Gewerkschaften zu Trägern der Produktion zu machen. Er hat dafür Wirtschaftsräte gefordert, in denen die Arbeiter und Unternehmer paritätisch vertreten sein sollen. Welcher der beiden Wege der richtigere ist, wird die Entwicklung lehren. Ich persönlich bin der Auffassung, daß auch die deutschen Gewerkschaften auf die Dauer um die Führung der Wirtschaft nicht herumkommen werden, wenn sie ihre Existenzberechtigung später nicht verlieren wollen. Tatsächlich beschäftigen sie sich heute schon lebhaft mit wirtschaftlichen Dingen. Besonders im Baugewerbe ist die Umstellung der Gewerkschaften zu neuen Aufgaben lebhaft im Gange. Durch die Gründung sozialer Baubetriebe haben sich die Verbände der baugewerblichen Arbeiter und Angestellten schon jetzt an die Spitze der werdenden sozialen Bauwirtschaft gestellt, wie dies auch die englischen Bauarbeitergewerkschaften durch die Gründung von Baugilden getan haben.

A. Ellinger.

Politische Rundschau.

Neue Gemeindesteuern. Die Stadt Bonn erhebt für Tanzkurse eine besondere Steuer, die nach der Qualifikation des Tanzlehrers abgestuft wird. In Kirchhellen erblickt man dagegen das Heil in einer Besteuerung der Viehhaltungen. Man hofft dadurch einen Fehlbetrag von 434.— Mark zu decken. Es ist jedoch noch nicht entschieden, ob eine solche Steuer zulässig ist. Da sich entgegengesetzte Auffassungen bei dem preußischen Minister des Innern und der Finanzen und dem Reichsfinanzmisterium gegenüberstanden, ist der Reichsfinanzhof beauftragt worden, die Streitfrage zu lösen. Dessen Bescheid ist noch nicht ergangen. In Gera will man eine Steuer für Nachtschwärmer nach Stuttgarter Muster einführen und denkt weiter an eine Mitgiftsteuer, deren Rechtmäßigkeit ebenfalls zweifelhaft ist, da sie die Steuerhoheit des Reiches verletzt.

Zu Haußmanns Tod. Der Reichstagspräsident Löbe hat an die Witwe Haußmanns folgendes Beileidstelegramm gerichtet: „Zu dem plötzlichen Tode Ihres Gatten, unseres Abgeordneten Kollegen Conrad Haußmann, spreche ich Ihnen die herzlichste Teilnahme des Deutschen Reichstages aus. Der Verstorbene gehörte zu den markantesten Persönlichkeiten des deutschen Parlaments in den letzten Jahrzehnten und seine eifrige Tätigkeit sichert ihm ein langes Andenken weit über den Rahmen der eigenen Parteifreunde hinaus." — Auch der Reichspräsident hat in einem Telegramm an die Witwe des Verstorbenen sein Beileid ausgedrückt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion richtete an den Vorstand der Reichstagsfraktion der Deutsch-Demokraten folgenden Brief: „Zum Tode Ihres Conrad Haußmann sagen wir der Fraktion der Deutsch-Demokratischen Partei unser herzliches Beileid. Conrad Haußmann wird als Förderer der Demokratisierung in der Uebergangszeit zur deutschen Republik in der Geschichte fortleben."

Bevorstehende Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Mit Rücksicht auf die kommende Erhöhung des Brotpreises und die allgemeine Steigerung der Lebenshaltungskosten hat der Reichsarbeitsminister sich in einem Rundschreiben an die Regierungen der Länder vom 8. Februar 1922 damit einverstanden erklärt, daß die Unterstützungssätze für die Erwerbslosen und ihre Angehörigen um durchschnittlich 25 vom Hundert erhöht werden, für die jugendlichen Ledigen um durchschnittlich 15 Prozent. Die Regierungen der Länder werden die erforderlichen Anweisungen an die Gemeinden unverzüglich ergehen lassen.

Einschränkung in der Berliner Zigarettenindustrie? Blättermeldungen besagen: In der Berliner Zigarettenindustrie stehen große Betriebseinschränkungen bevor, die nahezu einer Stillegung der Großbetriebe gleichkommen. Infolge der hohen Steuern stapelt sich die Ware zu Bergen auf, ohne daß Abnahme erfolgt. Infolgedessen sind die Fabriken zu außerordentlich großen Einschränkungen ihrer Betriebe gezwungen.

Der „Frieden" in Irland. In Dublin wurden gestern bei einem Zusammenstoß drei Personen erschossen. Die Zahl der Verluste ist damit seit Sonntag auf neun Tote und etwa 14 Verwundete gestiegen.

Politische Notizen. Als Nachfolger Conrad Haußmanns zieht der Demokrat Hermann (Reutlingen), der bereits der Nationalversammlung in Weimar angehörte, in den Reichstag ein. — Im englischen Unterhause erklärte Hilton Young, Deutschland habe bis zum 1. Mai 1921 Schiffsanlagen von insgesamt 2 187 217 Tonnen abgeliefert, wofür ihm der Gegenwert in Höhe von 600 Millionen Goldmark gutgeschrieben sei. — Die deutsch-polnische Konferenz nahm gestern in Genf ihren offiziellen Anfang. — Lloyd George holte sich im Unterhause ein Vertrauensvotum. Es stimmten 241 gegen 92. — Der Dollar stand gestern in Berlin auf 199¾ Mark. — Aus Rom wird gemeldet: Ein Dampfer des Seemannsverbandes mit Lebensmitteln, Kleidungsstücken usw. an Bord im Werte von drei Millionen Lire, die von den italienischen Sozialisten gesammelt wurden, ist nach Rußland abgefahren.

Das Autoliebchen.

Kostspielige galante Abenteuer Berliner Droschkenchauffeure kamen in einer Verhandlung vor der Strafkammer des dortigen Landgerichts I zur Sprache. Angeklagt wegen Diebstahls im strafschärfenden Rückfalle war die angebliche Schauspielerin Maria Magdalena Kork. Die schon vielfach, darunter auch schwer mit Zuchthaus vorbestrafte Angeklagte arbeitete mit folgender raffinierter Methode: Sie ließ sich von einem Kraftdroschkenführer nach irgendeinem Hause im vornehmsten Westen fahren, zahlte dort den ordnungsmäßigen Fahrpreis und gab sogar ein besonders gutes Trinkgeld, welches den sonst sehr mürrischen Herren Chauffeuren eine freundlichere Miene abnötigte. Dies hatte die weitere Folge, daß ein Gespräch zustande kam, in welchem die hochelegant gekleidete Dame die Arme sehnsüchtig reckte und dem erstaunt aufhorchenden Chauffeur erzählte, daß sie gern auf allen Luxus, mit dem sie ihr schon in den sechziger Jahren befindliche Gatte umgebe, verzichten würde, wenn —. Dieses „wenn" führte schließlich dazu, daß der Chauffeur etwa eine Viertelstunde später feststellen konnte, daß bei den im Wageninnern erfolgten Umarmungen des liebebedürftigen „Autoliebchens" seine — Brieftasche mit der gesamten Tageseinnahme in Höhe von einigen Tausend Mark verschwunden war. — Erst einem Droschkenkutscher Sp., dem seine Kollegen ihr Abenteuer mit der eleganten Diebin erzählt hatten, gelang es, die gefährliche Diebin abzufassen, nachdem er zum Schein auf ihre Lockungen eingegangen war. Das Gericht erkannte auf die niedrigste Strafe von 1 Jahr Zuchthaus, rechnete der Angeklagten aber die volle Untersuchungshaft an.

Eisenbahnräuber.

Der Ueberwachungsstelle der Braunschweig-Magdeburger Eisenbahndirektion gelang es, in Ringelheim eine elfköpfige Eisenbahnräuberbande aufzuheben. Beteiligt waren ein Eisenbahnsekretär, ein Rangierführer, ein Bahnsteigschaffner und acht Arbeiter, von denen vier Betriebsräte sind. Ein erhebliches Warenlager gestohlener Güter wurde beschlagnahmt. Die Bande hat monatelang die Eisenbahnzüge der Strecke Magdeburg-Braunschweig beraubt.

Der reichste Mann der Welt?

Neuerlichen Feststellungen zufolge muß John D. Rockefeller, der Oelmagnat und Hauptaktionär der Standard Oil, die Stellung des reichsten Mannes der Welt an Henry Ford, den Automobilhersteller, abtreten. In einem Anfang Januar durch die Zeitungen gegangenen Interview sagt Ford, daß sein Bankguthaben sich zwischen 135 bis 145 Millionen Dollar bewege. Bis dem widersprochen wird, darf das als das größte Bankguthaben bezeichnet werden, über das je ein einzelner verfügt hat. Darüber hinaus schätzt Ford seine verschiedenen Unternehmungen kapitalisiert auf eine Milliarde Dollar (also in deutschem Geld 200 Milliarden Mark).

Behördliche Wohnungsschieber.

Wegen Bestechung wurden zwei Beamte von den Berliner Wohnungsämtern, Zweck und Buchholz, verurteilt, der erstere zu 6 Monaten Gefängnis und 10 000 Mk. Geldstrafe, der zweite zu 5 Monaten Gefängnis und 8000 Mk. Geldstrafe. Ein Angestellter der Erwerbslosenfürsorge, namens Strupp, erhielt wegen Beihilfe dazu einen Monat Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe. Die Verurteilten hatten der Wohnungstauschzentrale gegen hohe Provisionen Wohnungen vermittelt. Wie die Staatsanwaltschaft feststellte, waren in den Listen der beiden beteiligten Wohnungsämter mindestens ein Drittel aller Eintragungen fingiert. Sobald einer dieser fingierten Bewerber an die Reihe kam, wurde sein Name durch den eines zahlungsfähigen Bewerbers ersetzt.

Landesbibliothek Oldenburg

Planwirtschaft und Sozialismus.

Uns wird geschrieben: Während seit der Gründung der deutschen Republik die politische Demokratie bei uns bereits in erheblichem Umfange durchgeführt worden ist, hat bisher auf dem Wege zur Demokratisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft kaum der bescheidenste Anfang gemacht werden können. Vielmehr zeigt das weltwirtschaftliche Bild der Gegenwart eine so stürmische, schrankenlose Entwicklung zum Hochkapitalismus, wie sie die Geschichte bisher noch nicht gesehen hat, und auch die deutsche Wirtschaft ist vom Strudel dieser Entwicklung mitgerissen worden. Es ist die weltgeschichtliche Tragik der deutschen Sozialdemokratie, daß ihr maßgebender Einfluß auf das politische und gesellschaftliche Leben unseres Volkes gerade in einem Zeitabschnitt beginnt, in dem die Wirtschaft infolge des verlorenen Krieges und der Friedensdiktate aufs schwerste um ihre Existenz ringen muß, in dem die rasch fortschreitende Verarmung und Verelendung unseres Volkes immer neue katastrophale Erschütterungen unserer Wirtschaft bedingt, und in dem infolgedessen bis auf weiteres eine Umorganisation unserer Wirtschaft nach sozialistischen Prinzipien auf unüberwindliche Hindernisse stoßen muß.

Natürlich wäre es verfehlt, angesichts dieser mannigfachen schweren Hemmungen vorläufig auf jede Vorbereitung der Umgestaltung der gegenwärtigen privatkapitalistischen Wirtschaftsform zur Gemeinwirtschaft verzichten zu wollen. Eine solche Resignation wäre auch mit sozialistischem Geiste unvereinbar. Soll überhaupt der Weg beschritten werden, dessen Ziel die Sozialisierung der gesamten Wirtschaft ist, so muß auch schon unter den heutigen Verhältnissen der Anfang damit gemacht werden, muß uns auch heute schon ein Wirtschaftsprogramm vorschweben, das unter nüchterner Einschätzung der Realitäten und der vorhandenen Möglichkeiten die Brücke zum dereinstigen Wirtschaftssozialismus zu schlagen vermag. Ein solches Wirtschaftsprogramm stellt die Idee der Planwirtschaft dar, die bekanntlich mit großer Leidenschaft von unserem Genossen Rudolf Wissell verfochten wird.

Ueber das System der Planwirtschaft ist in sozialistischen Kreisen schon mancher lebhafte Meinungsstreit entbrannt. In den letzten Wochen hat er wieder einen neuen Antrieb erfahren durch die Auseinandersetzung des „Vorwärts"-Redakteurs Saternus mit den Genossen Wissell und Striemer über eine kürzlich von Wissell und Striemer veröffentlichte Broschüre „Ohne Planwirtschaft kein Aufbau" (Verlag E. H. Moritz, Stuttgart). Saternus ist Gegner der Planwirtschaft und hält sie für mit dem Sozialismus unvereinbar. Seine Polemik ist jedoch nicht recht überzeugungskräftig. Vor allem sollte doch bedacht werden, daß auch Wissell und Striemer sehr gründliche Kenner und Anhänger des Sozialismus sind, und daß im Sommer 1919 der Rücktritt Wissells als Reichswirtschaftsminister gerade von der Unternehmerwelt am eifrigsten gefordert und am lebhaftesten begrüßt worden ist. Ein zwingender Beweis für die Annahme, daß die Durchführung der Planwirtschaft eine künftige Sozialisierung hintertrieben oder verzögert haben würde, hat doch bisher noch nicht erbracht werden können. Jedenfalls wäre es sehr wünschenswert, wenn die Aufforderung Wissells und Striemers nach Herbeiführung einer „gründlichen und tiefschürfenden Aussprache" zwecks Klärung des Zusammenhanges von Planwirtschaft und Sozialismus nachdrücklich beherzigt würde.

Die Forderungen der Planwirtschaftler beruhen wirklich nicht, wie manchmal unterstellt wird, auf weltfremden utopischen Konstruktionen, sondern auf praktischen Erfahrungen, die aus dem Wesen der modernen Wirtschaft gewonnen sind. Daß die heutige Wirtschaftsform eine Anarchie schlimmster und gefährlichster Art darstellt, wird ja von keinem Sozialisten bestritten. Die sozialen Kämpfe unserer Zeit und die wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben der deutschen Republik, vor allem das Reparationsproblem, erheischen gebieterisch eine umwälzende Neuregelung unseres gesamten Wirtschaftslebens. Solange aber — wie die Dinge heute nun einmal liegen und wie auch das Beispiel Sowjet-Rußlands eindrücklich gelehrt hat — an eine Beseitigung der privatkapitalistischen Wirtschaftsform durch die sozialistische noch nicht gedacht werden kann, hat die Planwirtschaft als notwendiger Uebergang von der individualistischen Wirtschaftsweise zur Gemeinwirtschaft zu dienen. Die Planwirtschaft erwächst naturgemäß aus der heutigen Wirtschaftsform und leitet allmählich folgerichtig zur sozialistischen Wirtschaftsorganisation über.

Gewiß gibt es auch heute schon Gewerbezweige, die zur Sozialisierung reif erscheinen, wie der Bergbau, das Verkehrswesen, das Versicherungswesen usw. Aber kein Sozialist wird heute daran denken, jeden einzelnen Industriebetrieb, jedes kleine Landgut, jeden Kolonialwarenladen und jede technische Werkstätte sozialisieren zu wollen. Daß uns Sozialisten hin und wieder noch von bürgerlicher Seite solche kindischen Absichten unterstellt werden, beruht schon mehr auf böswilliger Demagogie als auf Unkenntnis unserer Ziele. Wohl aber scheint es uns notwendig, das gesamte Wirtschaftsleben von persönlichem Profitstreben zu befreien und nach Grundsätzen des Allgemeinbedarfs und des höchsten volkswirtschaftlichen Nutzens zu regeln. Diese Absicht liegt dem System der Planwirtschaft zugrunde, und seiner Durchführung hat auch das wirtschaftliche Rätesystem zu dienen, das einstweilen noch ganz in den Anfängen stecken geblieben ist.

In der bis zu einem gewissen Grade von Wissell und Striemer geforderten Selbständigkeit der Wirtschaft gegenüber der bureaukratischen Verwaltungsarbeit des Staates sieht Saternus einen Vorstoß gegen das Görlitzer Parteiprogramm, das die Herrschaft des im Staate organisierten Volkswillens über die Wirtschaft fordert. Das würde aber meines Erachtens eine allzu engherzige dogmatische Bindung durchs Parteiprogramm bedeuten, das doch naturgemäß nur letzte Ziele aufstellen kann. Es liegt doch im Wesen jeder auf möglichst hohen Ertrag gerichteten Wirtschaft, daß sie nicht durch schematische Verwaltungsnormen eingeengt werden darf. Wohl aber hat, wie Wissell und Striemer ausdrücklich betonen, der Staat als Kontrollorgan mit weitgehenden Befugnissen überall dort regelnd einzugreifen, „wo Gruppenegoismus sich dem Allgemeinwohl nicht unterordnen will," und in diesem Sinne erscheint allerdings die Planwirtschaft als wirksamste Vorbereitung zu einer künftigen sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Und wenn man heute die erfahrungsgemäß bestätigte Tatsache feststellt, daß dem Unternehmertum dank der ihm im kapitalistischen Staate zur Verfügung stehenden Bildungsmittel größere wirtschaftliche Erfahrungen zur Seite stehen als der Arbeiterschaft, so braucht doch daraus keineswegs eine ewige Ueberlegenheit des Unternehmers gegenüber dem Arbeiter in der Kenntnis der Wirtschaftsführung gefolgert zu werden. Beseitigt werden kann ein solches vorläufiges Uebergewicht freilich nicht allein durch die wesentlich theoretische Ausbildung in Betriebsräteschulen usw., so wertvoll und unentbehrlich auch zweifellos deren Leistungen sind, sondern in erster Linie durch unmittelbare Beteiligung an der wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie durch Planwirtschaft und Wirtschaftsräte gegeben ist. Hier steckt zugleich ein erzieherisches Moment, dessen Bedeutung die Arbeiterschaft nicht unterschätzen sollte.

Es ließe sich noch manches gegen die Ausführungen von Saternus, wie seine Befürwortung verbrauchsversteuernder Steuern und Zölle, sagen, doch würde eine solche Auseinandersetzung den Rahmen dieses Aufsatzes allzu weit überschreiten. Gerade als Sozialisten und Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung müssen wir allen Realitäten Rechnung tragen, und das komplizierte Wirtschaftsgetriebe läßt nur eine allmähliche evolutionäre Fortentwicklung zu, wie das übrigens auch von Marx und Engels anerkannt worden ist. Der Kampf gegen die Etappe der Planwirtschaft vermag lediglich den Endertolg der Sozialisierung unserer gangen Wirtschaft zu verzögern. Die geistige Umstellung, die mit der Durchführung der Planwirtschaft verbunden ist, zielt auf die Ueberwindung des kapitalistischen Geistes, des egoistischen Profitstrebens und seine Ersetzung durch den Gemeinschaftsgeist. Dieser Gemeinschaftsgeist ist aber die wesentlichste Vorbedingung für eine erfolgreiche praktische Verwirklichung des Sozialismus.

Bürgervorsteher-Kollegium.

Wilhelmshaven, 15. Februar 1922.

Gestern nachmittag fand im Rathaussaale eine öffentliche Sitzung statt. Bv. Müller beantragt, die Beratung der Besoldungsordnung in öffentlicher Sitzung vorzunehmen. — Bv.-Vorsitzender Hümme will nach Beendigung der vorliegenden Tagesordnung die Gründe darlegen, weshalb er die Angelegenheit für die vertrauliche Sitzung vorgesehen habe. Das Kollegium stimmt dem zu. Der Punkt Straßenbahnangelegenheit wird zurückgestellt.

Monatsrevisionen. Die Niederschrift über die Monatsrevision der Kämmerei- und Sparkasse für Januar liegt vor. Einwendungen wurden nicht erhoben.

Aenderung der Heizung im Rathaus. Die Beheizung der Kanzleizimmer ist nicht ausreichend. Die Heizkörper sollen daher eine Veränderung erfahren und die Fenster der Zimmer gedichtet werden. Die Kosten hierfür werden sich auf 6000 Mark belaufen. Die Vorlage wird angenommen.

Verbesserung der Straßenbeleuchtung. Für Verbesserung der Straßenbeleuchtung durch Brennen von Nachtlaternen sollen 6500 Mark bewilligt werden. Bisher brannten 89 Laternen bis 1 Uhr nachts; in Zukunft sollen 89 Laternen bis ½12 Uhr nachts und dann 30 Laternen für den Rest der Nacht brennen. Das Kollegium stimmt zu.

Kesselreparatur im Krankenhause. Für die Kesselreparatur im Waschhaus des städtischen Krankenhauses werden 30 000 Mark bewilligt.

Säuglings- und Kinderkrippe. Auf Antrag des Werftwohlfahrtsvereins sollen für seine an der Göksestraße belegene Säuglings- und Kinderkrippe für Juli-September 1921 5000 Mark als Beihilfe bewilligt werden. — Bv. Frau Green wünscht Auskunft, wann die Krippe geschlossen werden soll. — Bv. Ebersbach teilt mit, daß dieselbe vorübergehend geschlossen ist. — Die Zustimmung erfolgt.

Schlachthofangelegenheit. Auf Antrag des Schlachthofvorstehers sollen die Stühle der Wirtschaft instand gesetzt werden. Außerdem ist die Neubeschaffung von Inventar erforderlich. Die Kosten werden etwa 3500 Mark betragen. — Bv. Ebersbach wünscht, daß der Wirt zu den Kosten etwas mit herangezogen werden soll. — Oberbürgermeister Bartelt erklärt, daß dieses nach dem bestehenden Pachtvertrag nicht möglich sei. — Bv. Ebersbach beantragt, die Summe auf 2500 Mark herabzusetzen. — Der Antrag wird abgelehnt und die Vorlage angenommen.

Zuschuß zur Errichtung einer Fachklasse für Gärtnerlehrlinge. Die Vereinigung selbständiger Gärtner und Blumengeschäftsinhaber hat eine Fachklasse für die Gärtnerlehrlinge eingerichtet und hierfür einen Zuschuß beantragt. Zur Bewilligung sind vorgeschlagen 400 Mark. — Das Kollegium stimmt zu.

Ausgestaltung der Umgebung der Banter Ruine. Die Umgebung der Banter Ruine soll den vorliegenden Entwürfen entsprechend neu ausgestaltet werden. Für die zu schaffenden Anlagen ist ein Betrag von 4000 Mark erforderlich. — Bv. Baurat Krüger hält es für unangebracht, diese historische Stätte durch Anpflanzungen zu verunstalten. — Bv. Hellmann schließt sich dem an. Eine Aufräumung des Platzes hingegen ist angebracht. Notwendig wäre wohl auch eine Einzäunung des Platzes. — Baurat Zopff macht Ausführungen über die geplante Ausgestaltung. Die Ruine soll in ihrer Form erhalten bleiben. Etwas Grün würde den Platz nur heben. — Bv. Oberdiorbaum glaubt, der Vorlage zustimmen zu sollen. — Bv. Niehus teilt mit, daß der Schwimmverein „Deutsch-Ost" sich des Platzes annehmen will. — Bv. Baurat Krüger warnt noch einmal davor, durch Baumanpflanzungen die in der Wurf befindlichen Gräber oder Urnen zu zerstören. — Baurat Zopff schlägt vor, den Landeskonservator nach einmal zu fragen. — Das Kollegium stimmt unter dieser Voraussetzung zu.

Wahl von Ausschußmitgliedern für Veranlagung der Gewerbesteuer. Gemäß § 9 Abs. 2 der Gewerbesteuerordnung sind 6 Ausschußmitglieder in die Veranlagungskommission zu wählen. Es werden vorgeschlagen Bvd. Haven, Sabel, Hullmann, Schuchmann, Abels, Hellmann und Schönbom. — Bv. Frau Green beantragt Abstimmung durch Stimmzettel. — Gewählt werden die ersten sechs.

Wahl eines Mitgliedes und Vertreters für das Finanzgericht. Nach der Verordnung über die Bildung des Finanzgerichts im Bezirke des Landesfinanzamtes Oldenburg hat das Kollegium ein ehrenamtliches Mitglied bzw. Vertreter für das beim Landesfinanzamt Oldenburg einzurichtende Finanzgericht zu wählen. Gewählt wird Kaufmann Talenberg.

Zuwahl von Mitgliedern in die Badekommission. Der Magistrat hat beschlossen, daß für die stadtseitige Förderung des Badewesens und des Fremdenverkehrs eine Badekommission eingesetzt werden soll. In diese Kommission hat der Magistrat gewählt den Stadtbaurat Zopff, Senator Dr. Leiste und Raschke. Es wird vorgeschlagen, aus jeder Fraktion ein Mitglied in die Kommission zu entsenden. Gewählt werden Bvd. Ebersbach, Niehus, Heuseres, Rieger, Ideling und Frau Green.

Dringlichkeitsantrag der Wirtschaftlichen Vereinigung auf Ausbau des Badestrandes. Das Bürgervorsteherkollegium ersucht den Magistrat um eine Vorlage über eine zweckmäßigere und großzügigere Ausgestaltung der Wilhelmshavener Badeanlagen und des Strandes zwischen der Kaiser-Wilhelm-Brücke und der 1. Einfahrt. Der Antrag wird der Badekommission überwiesen.

Abkommen mit der Werft wegen Gestellung der Feuerwehr. Mit der Reichswerft ist ein Abkommen wegen Gestellung der Werftfeuerwehr bei Bränden getroffen worden. Die für das Eingreifen der Werftfeuerwehr entstehenden Kosten belaufen sich als Pauschalsatz auf 25 000 Mark jährlich. Die Werft hat für das Jahr 1921 die Nachbewilligung eines Zuschußbetrages von 6250 Mark beantragt. Der Magistrat hat der Nachbewilligung zugestimmt. — Das Kollegium stimmt unter allgemeiner Anerkennung der bisherigen Tätigkeit der freiwilligen Feuerwehr der Vorlage zu.

Tariferhöhung für die städtischen Dampfer. Mit Rücksicht auf die am 1. Februar d. J. eingetretene Tariferhöhung der Eisenbahn und die inzwischen mehrfach stattgehabte Kohlenpreiserhöhung ist beschlossen worden, die Dampfertarifsätze etwa in gleichem Maße wie bei der Eisenbahn zu erhöhen (etwa um 75 Prozent). — Bv. Rieger wünscht, daß für die Erholungsbedürftigen aus dem Binnenlande Vergünstigungen geschaffen werden. Ferner ist die Verbindung mit Butjadingen ungünstig. — Oberbürgermeister Bartelt hofft, daß in Zukunft bessere Verbindung geschaffen wird. Die Vergünstigung besteht schon. — Die Vorlage wird angenommen.

Krankenhaussachen. Die dauernden Preissteigerungen für Röntgenplatten und elektrischen Strom haben eine sofortige Erhöhung der bisher für Benutzung der elektrischen Anlagen des städtischen Krankenhauses festgesetzten Gebühren erforderlich gemacht. Die Erhöhung beträgt bis zu 75 Prozent der bisherigen Sätze. — Das Kollegium stimmt zu.

Gebührenerhöhung für Benutzung der städtischen Verschiebegleise. Auch die Gebühren für Benutzung des städtischen Verschiebegleises an der Kanalstraße sollen erhöht werden. Für jeden Waggon beträgt die Gebühr in Zukunft 5 Mark. Die Vorlage wird angenommen.

Gebührenerhöhung für die städtische Wage. Die Gebühr für Benutzung der städtischen Wage soll jeweilig so erhöht werden, wie die Sätze für die Bahnwage.

Bewilligung einer Anleihe. Die für Ankauf der 18 Säulen in der Stadt erforderlichen 36 000 Mark sollen durch Anleihe gedeckt werden. Die Anleihe soll bei der Sparkasse zu dem niedrigstmöglichsten Zinssatze und mit 10 v. H. Tilgung aufgenommen werden. — Die Vorlage wird angenommen.

Aenderung der Schankerlaubnissteuerordnung. Um die Genehmigung der Schankerlaubnissteuerordnung nicht weiter hinauszuzögern, soll der Verfügung des Oberpräsidenten entsprechend der letzte Absatz des § 1 der Ordnung in Wegfall kommen und der Steuersatz in Klasse 1 von 25 000 Mark auf 20 000 Mark herabgemindert werden. — Bv. Rieger stellt fest, daß hierdurch eine Herabsetzung der Steuer erfolgt, die bereits seit 1911 besteht. An sich sei dieses ein unhaltbarer Zustand. — Die Vorlage wird angenommen.

Nachbewilligungen. Es werden insgesamt 150 000 Mark für Nachbewilligungen beantragt. Die Summe wird bewilligt.

Anfragen. Bv. Frau Green will wissen, weshalb die Kommission für Unterstützungsmaßnahmen zugunsten der Sozialrentner nur durch den Magistrat gewählt ist. — Assessor Weber erklärt, daß auf Grund der Ausführungsbestimmungen der Magistrat dieses zu tun hat. — Bv. Frau Green ist mit den vom Magistrat gewählten Personen nicht einverstanden. — Eine andere Anfrage soll erst dem Magistrat zugehen.

Bv.-Vorsitzender Hümme erklärt, daß er die Besoldungsordnung deshalb zur Beratung in vertraulicher Sitzung gestellt habe, weil persönliche Angelegenheiten zur Sprache kommen könnten. Die beiden letzthin gewählten Beamten hätten ihre gegebene Zustimmung wieder zurückgezogen. Das Kollegium beschließt gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Fraktionen vertrauliche Beratung. — Hierauf war die öffentliche Sitzung beendet.

Soziales.

Nachrichten für Auswanderer. Holland ist zurzeit kein Ziel, das man deutschen Auswanderern empfehlen könnte. Die Wirtschaft des Landes leidet sehr unter dem hohen Stande der Valuta einerseits und der Ueberschwemmung durch billige deutsche Erzeugnisse anderseits. Die Arbeitslosigkeit ist sehr stark; die Zahl der Konkurse hat sich gegen das Vorjahr um 50 v. H. erhöht. Die Arbeiterschaft hat sich schwer gegen Lohnherabsetzungen zu wehren. Daneben besteht noch immer eine nicht unwesentliche Verteuerung der Lebenshaltung.

Vom konsumgenossenschaftlichen Verlag. Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine hatte im Jahre 1921 einen Gesamtumsatz von 58 644 962 Mark oder 9 119 647 Mark mehr als in dem vorausgegangenen Jahre. Die einzelnen Abteilungen sind am Gesamtumsatze mit folgenden Zahlen beteiligt: Die Abteilung Buchdruckerei und Papierwarenfabrikation erzielte an Umsatz 41 598 199 Mark (mehr 2 413 045 Mark), die Versicherungsabteilung 16 689 053 Mark (mehr 6 674 964 Mark), die Elektrizitätswerke 357 700 Mark (mehr 31 688 Mark). Die Erhöhung des Geldumsatzes ist mit wenigen Ausnahmen durch Mehrumsätze an Waren bedingt. Die Beschäftigung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahre 1921 war durchschnittlich in allen Abteilungen als gut zu bezeichnen. Die Versicherungsabteilung hat auch im Berichtsjahre ihren Umsatz beträchtlich erhöht. Die Verlagsgesellschaft hatte in erster Linie das B. streben, sowohl bei den Versicherungen der Vereine als auch bei den Mitgliederversicherungen die Prämiensätze möglichst niedrig zu halten. Was die Beschäftigung der Verlagsgesellschaft im neuen Geschäftsjahr anbetrifft, so kann gesagt werden, daß alle Abteilungen mit Aufträgen versehen sind und daß es in erster Linie darauf ankommt, die nötigen Papiermengen heranzubringen. Die Fabriken haben es durch ihren Zusammenschluß fertiggebracht, daß sie auf keine festen Preise mehr einzugehen brauchen, sondern die am Tage der Lieferung des Papiers vom Verbande festgelegten Preise berechnen können, so daß zurzeit nicht nur ein Mangel an Papier besteht, sondern auch sehr hohe Preise gezahlt werden müssen. Bei der Erhöhung der Kohlenpreise und der Löhne wird es voraussichtlich noch zu weiteren Steigerungen kommen.

Schwerbeschädigte Altrentner. Das Altrentnergesetz reicht die früheren Militärpersonen, die nach den vor 1906 geltenden Militärversorgungsgesetzen abgefunden sind, in bestimmte Hundertsätze des neuen Reichsversorgungsgesetzes ein. Da hiernach die „dauernd ganzlich Erwerbsunfähigen" als erwerbsunfähig, die „dauernd größtenteils Erwerbsunfähigen" als 70 vom Hundert in der Erwerbsfähigkeit gemindert gelten, sind sie nunmehr als Schwerbeschädigte im Sinne des Schwerbeschädigtengesetzes zu betrachten.

Anrechnung von Krankengeld auf die Rente. Heilbehandlung auf Kosten des Reichs kann einem nicht krankenversicherten ehemaligen Heeresangehörigen vom Versorgungsamt auch dann gewährt werden, wenn glaubhaft dargetan ist, daß die Gesundheitsstörung, die eine ärztliche Behandlung notwendig macht, auf eine bisher noch nicht erkannte Dienstbeschädigung zurückzuführen ist. Während dieser ärztlichen Behandlung, die nur befristet zu genehmigen ist, kann das Versorgungsamt ein Krankengeld zubilligen. Wird dann später dem Beschädigten eine Rente zuerkannt, so wird bei der erstmaligen Auszahlung der Rentengebührnisse nur der Teil des Krankengeldes in Anrechnung gebracht, der bei einer Zusammenrechnung von Rente und Krankengeld den Betrag der Vollrente nebst Kind-, Orts- und Teuerungszulage übersteigt. Müssen jedoch zu diesem Ausgleich teilweise laufende Rentengebührnisse herangezogen werden, so darf der Mehrbetrag in Ausgabe bleiben.

Keine doppelte Fleischbeschau. Das Reichsgericht befaßte in einer Strafsache gegen einen Schlächtermeister die Frage, ob in Preußen durch Polizeiverordnung eine allgemeine Nachuntersuchung des innerhalb des Reiches amtlich untersuchten Fleisches zum Zweck der Feststellung einer etwa inzwischen eingetretenen gesundheitsschädlichen Veränderung seiner Beschaffenheit zulässig sei. Das Kammergericht kam zu einem gegenteiligen Ergebnis. Der Urteilsbegründung entnehmen wir folgendes: Das Reichsgericht hat durch die Anordnung der amtlichen Schlachtvieh- und Fleischbeschau der Allgemeinheit, auf welche die Fleischer die Kosten der Untersuchung selbstverständlich abwälzen, bedeutende Lasten auferlegt. Aus dieser Erkenntnis heraus stellte der Gesetzgeber den Grundsatz auf, daß die Herkunft des Fleisches für seine Behandlung durch die Behörden nicht maßgebend sei und daß insbesondere eine Wiederholung der amtlichen Untersuchung nicht gefordert werden dürfe. Deshalb bestimmte § 20 des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes vom 3. Juli 1900, daß solches Fleisch, das innerhalb des Deutschen Reiches bereits geprüft sei, einer abermaligen Untersuchung nicht unterworfen werden dürfe. Dieser Hauptbestimmung wurde eine Ausnahmevorschrift hinzugefügt, nach der eine abermalige Untersuchung zulässig sei, um festzustellen, ob das Fleisch inzwischen verdorben sei oder sonst eine gesundheitsschädliche Veränderung erlitten habe. Da das Gesetz nichts darüber angibt, ob die Untersuchung nur im Einzelfalle oder allgemein durch landesrechtliche Vorschrift angeordnet werden könne, so muß geschlossen werden, daß der Gesetzgeber nur den ersteren Fall im Auge hatte, da sonst eine wesentliche Kostenersparnis nicht eintreten würde. Diese Auffassung unterstützt auch der § 24 des oben erwähnten Gesetzes, der die Fälle zusammenstellt, in denen landesrechtliche Vorschriften weitergehende Verpflichtungen als das Reichsgesetz begründen dürfen; gerade der Fall der landesrechtlichen Vorschrift über Nachuntersuchung ist jedoch hier nicht aufgezählt.

Reichsrahmentarif für Bäcker und Transportarbeiter. Vom Genossenschaftstag in Baden-Baden erhielten die genossenschaftlichen Tarifamtsbesitzer die Vollmacht und den Auftrag, mit den Vertretern der beteiligten Gewerkschaften über die Zusammenfassung der geltenden Bezirksrahmentarife für Bäcker und Transportarbeiter zu einem Reichsrahmentarif zu verhandeln. Diese Verhandlungen kamen am 26. Januar d. J. zum Abschluß. Es wurde

Landesbibliothek Oldenburg

eine Verständigung dahin erzielt, daß die Schlichtung von Differenzen und die Tarifrechtsprechung nach den Bestimmungen des Tarifs des nordwestdeutschen Verbandes erfolgt, der gleichzeitig als Reichsrahmentarif gilt. Soweit die Tarife der anderen Verbände und einzelner Vereine günstigere Bestimmungen aufweisen, gelten diese bis zum Ablaufe des Tarifs als Sonderabmachungen, die der Rechtsprechung des Tarifamtes unterstehen. Der nordwestdeutsche Tarif läuft am 31. Juli 1922 ab. Generalrat und Genossenschaftstag werden zu beschließen haben, ob sie über einen neuen Reichsrahmentarif verhandeln wollen.

Vermischtes.

Rekordergebnisse der amerikanischen Petroleumproduktion. Nach amtlichen Angaben war das Jahr 1921 für die amerikanische Petroleumgewinnung ein Rekordjahr. Es wurden 469,6 Millionen Faß produziert, 26,3 Millionen Faß mehr als im Vorjahr. Die Weltproduktion an Petroleum wird auf 750 Millionen Faß geschätzt.

Eine neue Riesenbrücke. Australien dürfte in absehbarer Zeit Anspruch auf die Auszeichnung erhalten, eine der größten Brücken der Welt zu besitzen. Sie ist bestimmt, in einem Ausmaß von 1163 Metern bei einer Stützweite, die mit 490 Metern die des Mittelbogens der Neuyorker Brooklyn-Brücke noch etwas übertrifft, den Hafen von Sidney zwischen Dawes Point und Milsons Point zu überspannen. Die Brücke soll vier Eisenbahngleise, eine 35 Fuß breite Fahrstraße, eine 18 Fuß breite Automobilstraße und einen 15 Fuß breiten Weg für Fußgänger aufnehmen. Das öffentliche Ausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für den Bau der Brücke wendet sich an alle einschlägigen Firmen Englands, des Kontinents, der Vereinigten Staaten und Kanadas mit dem Ersuchen, Pläne und Kostenanschläge an die Generalagentur für Neu-Süd-Wales in London einzusenden.

Die älteste „Druckschrift". Bei den Ausgrabungen des alten Phaistos auf der Insel Kreta, und zwar in den Ruinen des Palastes, fand man u. a. eine Tontafel, die spiralförmig mit altkretischer Bilderschrift bedeckt ist. Eine Entzifferung war bisher nicht möglich, anscheinend behandelt sie einen religiösen Hymnus. Nun ist es aber bei genauer Untersuchung aufgefallen, daß die einzelnen Bilderzeichen in ihrer Form und Größe so genau übereinstimmen, daß sie unbedingt mit Stempeln in den noch weichen Ton eingedrückt worden sein müssen. Man muß dazu über hundert verschiedene „Drucktypen" gehabt haben. Das wäre also das bisher älteste und einzige Monument einer „Druckschrift" aus vorgeschichtlicher Zeit.

Feuer im Stall. Bei Bränden auf dem Lande kommt leider meist viel Vieh um. Zum großen Teil ist das Vieh daran selbst schuld, weil es durch den Feuerschein scheu wird, namentlich Schafe, Pferde und Hühner. Andererseits sind auch die zur Rettung berufenen Menschen oft so kopflos, daß die Rettung verhindert wird. Es wäre besser, man faßte den Fall der Gefahr öfter ins Auge und beantwortete sich im voraus die Frage, wie man zu handeln hat, um das Unglück nach Möglichkeit einzudämmen. Gute Gesichtspunkte hierfür gibt die Halbmonatsschrift „Der Siedler", Oscar-Laube-Verlag, Dresden, in einem ihrer letzten Hefte. Wenn man Vieh zu retten hat, dann darf man keinesfalls die Ruhe verlieren. Man nimmt sie dann auch den gefährdeten Tieren. Sind diese schon scheu geworden, dann hilft freundliches Zureden meist mehr als Schläge. Gelingt es nicht gleich, das Vieh abzubinden, dann durchschneide man die Stricke. Schafe und Pferde drängen sich ängstlich in die dem Herde des Feuers gegenüberliegende Ecke. Sie sind dann häufig nur dadurch zu retten, daß man die Wand des Stalles an der Stelle durchbricht. Das ist natürlich nur bei leichtgebauten Ställen schnell möglich. Die Schafe folgen zwar oft dem Leithammel und man gewinnt viel, wenn man diesen herauszerren kann, aber nicht immer, wenigstens dann nicht, wenn der Feuerschein vor der Stalltür bemerkbar ist. Pferde mache man nicht alle auf einmal los. Sind die Tiere noch verhältnismäßig ruhig, so kann man sie durch einen über den Kopf geworfenen Sack blenden und einzeln hinausführen. Hühner müssen in einer Kiste oder einem Sack in einen dunklen Raum gebracht werden, wo sie das Feuer nicht sehen. Sie fliegen sonst unmittelbar ins Feuer hinein, selbst wenn man sie schon außerhalb des Gefahrenbereiches hat. Am leichtesten läßt sich das Rindvieh retten, besonders durch den ständigen Pfleger. Geht ein Rind mit Ruhe hinaus, dann folgen die andern gern. Schweine und Ziegen können vielfach nur aus dem Stalle getragen werden. Befindet sich in der Nähe eines brennenden Stalles ein Bienenstand, dann müssen die Bienenvölker zuerst weggebracht werden, damit sie das Rettungswerk nicht stören, am besten in einen kühlen dunklen Raum. Die Fluglöcher verstopft man mit einem nassen Lappen oder verschließt sie durch ein Drahtgitter. Bei kleinen Besitzern würden viel weniger Viehverluste bei Bränden eintreten, wenn die Ställe nicht vielfach so verbaut wären. Die engen Türen schlagen meist nach innen, was ein großes Hindernis der Rettung bedeutet, wenn die Tiere sich geängstigt von innen gegen die Tür drängen. Recht vorteilhaft wäre es, wenn jeder Viehbesitzer in seinem Stall oder Hause einen der vielfach bewährten Handfeuerlöschapparate besäße. Ein einziges vor dem Tode bewahrtes Stück Vieh macht seine Anschaffung reichlich bezahlt.

Das Tal des Todes. So erschütternd die Berichte der deutschen Sanitätsexpedition oder Nansens Mitteilungen über das Elend im ostrussischen Hungergebiet lauten, so reichen derartige Schilderungen noch lange nicht an die grauenerregende Wirklichkeit heran, da es für die Ausländer unmöglich ist, gerade die abgelegenen Gebiete, wo der Hunger am furchtbarsten wütet, zu bereisen. Zu den schwer betroffenen Gebieten gehören die Kreise Pugatschew und Busuluk im Gouvernement Samara. Der Bolschewist A. Chodsow hat diese „Tal des Todes" genannten Kreise bereist und berichtet über seine Eindrücke in der Moskauer „Iswestija", Nr. 8. Die kümmerliche Ernährung mit verschiedenen mehr oder weniger unverdaulichen Surrogaten hat aufgehört, da die tiefe Schneedecke die Wurzeln, Kräuter usw. im Walde zugedeckt und für die Menschen unerreichbar gemacht hat. Gefallene Pferde und Hundekadaver gelten bei der Bevölkerung als seltene Leckerbissen, die auch schon überaus rar geworden sind. In dem dem Tode geweihten Landstrich sieht man nur noch selten kleine Schwärme von Krähen und Dohlen, die bisher den Nachstellungen entgangen sind. Zu Dutzenden liegen an den Straßen und in den Gräben die Leichen Verhungerter. Wie es in den abgelegenen Walddörfern aussieht, ist völlig unbekannt, da es in Ermangelung von Pferden unmöglich ist, dorthin durchzudringen. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist dort aber alles Leben längst erstorben. Chodsow hat auf seiner Reise festgestellt, daß sich die Fälle von Kannibalismus in der letzten Zeit erschreckend gemehrt haben. Im Dorfe Mokscha hat eine Frau ihre den Hungertod gestorbene Tochter zum Teil aufgegessen. Im Dorfe Blagodarow des Kreises Busuluk haben drei Familien, getrieben von wütendem Hunger, zuerst den Leib eines eben verstorbenen 18jährigen Knaben geöffnet, die Eingeweide herausgenommen und nach oberflächlicher Reinigung roh verzehrt. Später ist auch die ganze Leiche verzehrt. Infolge des genossenen Menschenfleisches ist eine der Frauen gestorben, deren Leiche nichtsdestoweniger wieder verzehrt worden ist. Die Leiche eines anderen in demselben Dorfe verstorbenen Knaben ist aus einem Massengrabe wieder exhumiert worden, wobei festgestellt wurde, daß Kopf und Beine schon fehlten. Die Hungernden haben dann noch den Rumpf fortgetragen und in ihren Hütten verzehrt. Alle diese Fälle von Kannibalismus sind vom Dorfkomitee der gegenwärtigen Hilfe festgestellt worden und das hierüber aufgenommene Protokoll ist der zuständigen Rayonabteilung für allgemeine Ernährung zugestellt worden. Chodsow schließt seine Schilderungen mit der Versicherung, daß sich im Frühjahr die Bereitstellung von Saatkorn für diese Gebiete erübrigen werde, da es dann dort niemand mehr geben werde, der imstande sein würde, den Acker zu bestellen.

Humor und Satire.

Aus dem Briefe eines deutschen Hochschülers. „Wenn man einmal eine politische Ueberzeugung gewonnen hat, dann muß man seinen ganzen Idealismus in den Dienst der guten Sache stellen. Ich habe zum Beispiel schon einhundertundsiebzig Bedürfnisanstalten mit Hakenkreuzen gezeichnet."

Preis: Paket 7 Mk.

Persil

das selbsttätige **Waschmittel** von unerreichter Wasch- und Bleichkraft. Macht die Wäsche frisch und duftig, wie auf dem Rasen gebleicht.

Wäscht mühelos, schnell und billig!

Alleinige Fabrikanten: **HENKEL & CIE., DÜSSELDORF,** auch der „Henko", Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

Preis: Paket 7 Mk.

Wilhelmshaven.

Die hiesige Sanitätswache (Unfallstation), Börsenstraße Nr. 20, hat Fernsprecher-Anschluß unter Nr. 41 erhalten. [9851

Wilhelmshaven, den 7. Februar 1922.

Die Polizeiverwaltung. Jäger.

Gemeinde Bleyen.

Die Teuerungszuschüsse für Kriegereltern, Kriegerwitwen und -waisen können bis zum 18. d. M. bei der Gemeindekasse in Empfang genommen werden. [9847

Einswarden, den 13. Februar 1922.

H. E. Büsing.

Bürger-Verein Heppens

Einladung

zu dem am Sonnabend, den 18. Februar, in sämtlichen Räumen der „Stadt Heppens" (Dekena) stattfindenden

39. Stiftungsfest

bestehend in Festball, kom. Vorträgen und urgemütlicher, gemeinschaftlicher Kaffeetafel, wozu sämtliche Mitglieder mit ihren Familien sowie Gäste herzlich eingeladen sind. **Das Komitee.**

NB. Die nächste Versammlung findet umständehalber im Monat März statt.

Groß. Turner-Preismaskerade

des Turnvereins „Frisch auf" am Sonnabend, 18. Februar.

Karten im Elysium, Kaffeehaus Euken und bei den Mitgliedern

Elysium :: Neuende.

Städtische Badeanstalt, Oldeoogestr. 12

Geöffnet außer Donnerstags, Freitags und Sonnabends auch Sonntags vormittags von 8.30 bis bis 10.30 Uhr. Alle Arten Bäder, Massagen usw. werden verabfolgt. — Wannenbad 6 Mk. [11012

In ½ Stunde vernichten Sie unter **Garantie Kopf-, Filz- und Kleider-Läuse** sowie Brut (Nis.) **Wanzen, Flöhe** bei Mensch und Tier. **„Mieloda"**, a. gesch. Mittel. Wunden unschädlich. Verkauf **Behse**, Prinz-Heinrich-Str. 5, Postverl.

In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen der Ehefrau des Bauunternehmers Herm. Nickels Tjaden, Johanne geb. Hollwedel in Rüstringen, Friederikenstraße 64, ist das Verfahren wegen Mangels an Masse eingestellt. [9836

Rüstr., den 13. 2. 1922

Amtsgericht, Abt. II.

Guterhalt. Kinder-Korbwagen zu verk. Zu spr. 5—6 nchm. Blumenstr. 22

Kaufe dauernd **Eisen, Blei, Zink, Lumpen, Flaschen u. sonstige Rohprodukte** zu höchsten Preisen. **Kramer, Grenzstr. 57.**

Kaufe jeden Posten neue u. gebrauchte **Möbel!** W. Janßen, Peterstr. 60, Ecke Grenzstr. Fernr. 697.

Einzelne Möbel sowie ganze Hausstände kaufen laufend **Carstens & Precht** Müller-, Ecke Ulmenstr. Telephon 2150.

Kontrollkasse National kauft **Kotik, Dresden-A.,** 9788 Gneisenaustr. 11.

Damenrad mit od. ohne Gummi zu kaufen ges. 9855 Friedenstr. 6, II.

Leeres Zimmer mit Kochgelegenheit zu vermieten 9854 Einigungstr. 25.

Freundl. 14—16jähr. **Morgenmädchen** ges. Tonndeichsweg 3, I.

Tanz-Unterricht An meinem Kursus können sich noch einige **Damen** beteilig. **Freistellen.** — Anmeldung Donnerstag abend 8 Uhr **Tanzschule Ostermann** Bismarckstraße 43.

Gr. Auswahl in Herren- u. Damen-Maskenkost. Kaiserstr. 120, I rechts.

Naturheilung! nach Krankheitsbefund aus den Augen. **Wilh. Heuschreiber** Wilhelmshav. Str. 5, II. Seiteng., n. Buchb. Eden

Geschäfts-Verlegung

Ab 16. Februar befindet sich unser Geschäft **Gökerstrasse 27** (im früheren Nötzoldschen Laden).

Geschw. KUBEL.

Mittags von 1 bis 3 Uhr geöffnet. [9853] Fernruf 1104.

Bürgel-Bücher

Vom Arbeiter zum Astronomen 13.50 Mk.
Der Stern von Afrika .... 33.00 Mk.
Gespenster .... 42.00 Mk.
Aus fernen Welten .... 75.00 Mk.

Paul Hug & Co., Rüstringen, Peterstr. 76

Siebenbürger Heim. Empfehle meine Lokalitäten einer freundlichen Beachtung. **Geräumiges Klubzimmer** noch einige Wochentage und Sonntags frei. Spezialität: Echten Stonsdorfer Bittern. 4289 **Paul Dutke.**

Für Wirte!

Eingetroffen u. a.: Ca. 10000 Stück **Kelche Kognak-Schalen Doppelkeder Stamper Grogglässer usw.** **Peter Backmann.** Fernspr. 257.

Abgeschl. freie. Wohn. in d. Mitscherlichstr. geg. Wohn. i. Hepp. zu tausch. ges. Off. u. R 215 an Exp.

Rohrstühle flechtet Invalide A. Kauschke, Heppenser Batterie 26.

Fröbel-Kindergarten Wilhelmshaven.

Osteranmeldungen von Kindern und Schülerinnen (auch Volksschulentlassene) möglichst bis **20. März** erbeten. Sprechzeit schultäglich 9—11 Uhr Wallstraße 23. **Die Leiterin: Lüdicke.** [9852

Deutsche und Colosseum-Lichtspiele.

Die höchste Zeit!! Nur noch heute und Donnerstag die nervenpeitschenden, abenteuerlichen Erlebnisse im **5. Teil:**

Der geheimnisvolle Dolch

6 Akte, 13. bis 15. Episode.

Ab Freitag, 17. Februar: Deutsche und Kammer-Lichtspiele.

HAMLET!

Nach der gleichnamigen bekannten Shakespeareschen Dichtung in einem Vorspiel u. 6 Akten. In der Hauptrolle **Asta Nielsen.**

Herr Obermusikmeister **Rothe** übernimmt ab Freitag die persönliche Leitung des **doppelt verstärkten Orchesters** in den **Deutschen Lichtspielen.**

MONOPOL

Besitzer: W. Quinting :: Fernruf 500

Donnerstag, 16. Februar:

Großes Rothe-Konzert

Philharmonisches Orchester (20 Musiker), verbunden mit **Bockbier-Fest** (Spezial-Ausschank).

Populäres Programm!

U. a. gelangt zur Aufführung:

Ein Sonntag in Wilhelmshaven!

Grosses humoristisches Tongemälde mit Erläuterungen von R. Rothe.

Ausführl. Programm im Lokal zu haben. Erbitte Tischbestellung **frühzeitig.**

Anfang 8 Uhr abends. Es laden höflichst ein.:

R. Rothe, Obermusikmeister a. D., Wilhelm Quinting. 9849

NB. Nach dem Konzert: **Hausball.**

Gründungsversammlung

des **Seebadevereins Wilhelmshaven**

Am **Donnerstag**, den 16. Februar 1922, abends 8.15 Uhr, findet im Parkhause, oberer Saal, die **Gründungsversammlung** des Seebadevereins Wilhelmshaven statt. [9850

Unbedingtes Erscheinen der Interessenten ist erforderlich. **Der Gründungsausschuß.**

Naturheilverein.

Auf der am 16. Febr. stattfindenden **Versammlung** im Stadt-Café, Ecke Grenz- u. Börsenstraße, wird Herr Naturheilkundiger Fr. Janßen einen

Lichtbilder-Vortrag

über **„Frauen-Krankheiten"** halten. Anfang 8 Uhr. Gäste willkommen. [9844] **Der Vorstand.**

Erste proletarische Feierstunde

veranstaltet vom **Bildungsausschuß der U. S. P.** am Freitag, den 17. d. M., abends 7.30 Uhr, im **großen Saale des Werftspeisehauses:** Gesangs-Vorträge, Rezitationen, **Wiedergabe einer Szene aus Goethes „Faust"** mit Faustmonolog, Ausgewählte Musikstücke. — Kassenöffnung 6.30 Uhr. Eintrittspreis einschl. Steuer 3.50 Mark. **Programme als Eintrittsausweise** sind in der **Volksbuchhandlung Marktstr. 63,** im **Parteibureau Hollmannstraße 17** nachm. von 4 bis 6 Uhr und **an der Abendkasse** erhältlich. [9838

ADLER

Mittwoch, Donnerst., Freit.: Letzte Aufführung. **Rosenmontag**

In Vorbereitung: **Das Konzert** Lustspiel von Hermann Bahr. [9845

Deutscher **Holzarbeiter-Verband** Ortsverwalt. Rüstring-Wilhelmshaven.

Unsere Mitglieder-Versammlungen finden fortan jeden **vierten** Mittwoch im Monat im Werftspeisehause statt. Die nächste am 22. Febr. **Die Ortsverwaltung.**

Für die uns erwiesenen Aufmerksamkeiten anläßlich unserer **Vermählung** danken herzlichst [9858 **Franz Mai und Frau** Betty, geb. Kolbe.

Todesanzeige. Am 12. Februar starb unser lieber Sohn [9857 **Heinr. Wilhelm** im Alter von 13 Jahren. Dies zeigen tiefbetrübt an **L. Wichmann** und Frau nebst Tochter.

Colbewei, 15. 2. 22.

Die Beerdigung findet am Freitag nachm. 2.15 Uhr vom Sterbehause aus auf d. Fedderwarder Friedh. statt.

Danksagung. Für erwiesene Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen, für die trostreichen Worte des Hrn. Pastors Harms sowie für die vielen Kranzspenden sagen wir unsern herzlichen Dank. [9846 **Familie J. Janßen.**

Nr. 39
36. Jahrgang

Beilage.

Mittwoch,
den 15. Februar 1922

Soziales.

Deutscher Verein für Sanitätshunde. Vom Deutschen Verein für Sanitätshunde wird uns geschrieben: In den letzten Tagen ist durch einen Teil der Presse eine vom Bund erblindeter Krieger veranlaßte Notiz gegangen, die in schwerer Form die Tätigkeit des Deutschen Vereins für Sanitätshunde angreift. Der wohlbegründete Ruf des Vereins wird durch diese Angriffe nicht berührt werden, wenn die Gründe der Gegnerschaft des Bundes freigelegt sind: Ablehnung unberechtigter Forderungen des Bundes, der sich insbesondere zum Sprachrohr derjenigen seiner Mitglieder gemacht hat, die durch vorsätzliche schlechte Behandlung und Ausbeutung der überlassenen Führhunde zu Zuchtzwecken keinen Anspruch mehr auf die freiwillige, durch keinerlei gesetzliche oder Vertragsbedingungen vorgeschriebene Unterstützung des Vereins erheben konnten. Zur Sache selbst. Der Deutsche Verein für Sanitätshunde hat die aus seinen eigenen Mitteln zu bestreitende Lieferung von Blindenführhunden nicht eingestellt, außer den in oben erwähnten Fällen des Mißbrauches der Hunde. Er hat im Gegenteil sein Programm noch durch Ueberlassung von Hunden auch an Zivilblinde (Blindgeborene, durch Berufsunfall und Krankheit Erblindete) segensreich erweitert. Die angeblich luxuriösen Zwingeranlagen des Vereins sind bis zur Gegnerschaft des Bundes gerade von diesem als besonders zweckmäßig anerkannt worden. Maßgebend für die Einrichtung des Zwingers sind lediglich diejenigen veterinärärztlichen Vorschriften gewesen, die sich aus einer dauernden Belegung des Zwingers mit etwa 200 bis 300 Hunden, die einen Wert von über 1 Million Mark darstellen, ergeben. Kriegsblinde und Zivilblinde, die einen Führhund des Vereins zu erhalten wünschen, wollen wie bisher unbesorgt ihre Wünsche an den Vorstand nach Oldenburg mitteilen.

Oldenburg und Ostfriesland.

Lohnerhöhung für Reichs- und Staatsarbeiter.

Auf Grund der Anträge für die Reichs- und Staatsarbeiter wurde zwischen den Tariforganisationen und der Reichsregierung folgendes vereinbart: In allen Orten, wo bereits Ueberteuerungszuschüsse oder persönliche Ausgleichszulagen gezahlt worden sind, werden dieselben mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 auf 1 Mark pro Stunde erhöht. Um alle Betriebs- und Verwaltungsarbeiter dieser Orte, die am 1. Oktober vorigen Jahres im Dienste der Regierung standen, in den Besitz von Barmitteln kommen zu lassen, wird auf die Nachzahlung der Ueberteuerungszuschüsse vom 1. Oktober 1921 bis 31. Dezember 1921 **sofort ein Vorschuß von 360 Mk. gezahlt.** Die endgültige Verrechnung erfolgt später. An denjenigen Orten, wo die neue Lohnerhöhung ab 1. Januar dieses Jahres um 75 Pf. pro Stunde noch nicht zur Auszahlung gelangt ist, verfügt das Reichsfinanzministerium, daß auch hier eine Pauschumrechnung zu erfolgen hat, wobei für den Monat Januar 208 Arbeitsstunden zu berechnen sind. Es ergibt sich daher folgende Feststellung aus den Abmachungen:

Vorschuß auf Ueberteuerungszuschuß . .	360,— M
Neue Lohnzulage für Januar 208×75 Pf.	156,— M
Es erhalten demzufolge die Kollegen sofort	516,— M

Des weiteren wurde auf Grund der Eingabe der Kollegen von Kiel, gemäß § 8 des Manteltarifvertrages, folgendes zugestanden: Maschinisten, Heizer, Handwerker, die im Dreischicht-System arbeiten, erhalten für die Nachtschicht dieselben Zuschläge, wie der § 14 des Eisenbahnertarifes vorsieht. **Als Nachtarbeit gilt die Arbeit in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Für jede Nachtarbeit wird ein Zuschlag von 50 Pf. für die** Stunde gewährt.

Ein Antrag des **Maschinisten- und Heizerverbandes, „Verlegung der Ortschaft Feldhausen in Ortsklasse A“, ist an den** 23. Ausschuß des Reichstages gegangen.

Bautätigkeit.

Für die Bautätigkeit hat der anhaltende starke Frost eine außerordentlich unliebsame Störung im Gefolge. Seit längeren Wochen ruht schon die Arbeit. Und dabei wäre gerade jetzt ein rasches Fortschreiten sehr am Platze. Preise und Löhne steigen ständig; von Monat zu Monat, fast von Woche zu Woche wird das Bauen teurer. Die so durch die Frostverzögerung verursachte Verteuerung der im Gange befindlichen Wohnungsbauten stellt sich allein im Oldenburger Lande auf mehrere Millionen Mark. Für den Sommer und Herbst wird eine weitere erhebliche Verteuerung erwartet. Man vermutet, daß infolge der Holzlieferungen an die Entente namentlich die Holzpreise noch erheblich steigen werden. Verschiedene Gemeinden, in denen die Wohnungsnot besonders scharfe Formen angenommen hat, tragen sich mit dem Plan, große Anleihen aufzunehmen und mit einem Schlage eine größere Anzahl von Wohnungen zu schaffen. Sie sagen sich nicht mit Unrecht, daß das viel richtiger ist, als wenn man alle Jahre einige Häuser baut, weil so die schlimmste Wohnungsnot mit einem Schlage beseitigt, und wesentlich billiger gebaut wird als dann, wenn sich die Teuerung erst voll ausgewirkt hat. Die Bautätigkeit dürfte daher im laufenden Jahre in unserem Lande eine ungemein rege werden.

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Rüstringen, 15. Februar.

Achtung Bauarbeiter! Am Mittwoch abend 7½ Uhr findet eine sehr wichtige Versammlung bei Rath, Grenzstraße 6, statt.

Von der Eisenbahn. Im Direktionsbezirk Oldenburg ist die Betriebslage wieder vollkommen normal. Sämtliche planmäßigen Züge werden gefahren. Einen besonders erheblichen Umfang hat die Beförderung von Torf und Baumaterial angenommen. Leider kommen nur erst wenige Kohlenzüge an. Augenscheinlich sind im Eisenbahndirektionsbezirk Münster die Folgen des Eisenbahnerstreiks noch nicht überwunden. Im Bezirk Münster herrschte übrigens in den Tagen des Streikes von allen Bezirken die schlechteste Verkehrslage, in Oldenburg dagegen die beste. In den Weserhäfen liegen augenblicklich Dampfer, die Getreide für Oesterreich und Erz für Georg-Marien-Hütte und das Industriegebiet löschen. Der Personenverkehr hält sich in den Grenzen, die im Winter in Tagen starken Frostes üblich sind. Daß die am 1. Februar eingetretene 75prozentige Preiserhöhung eine nennenswerte Verkehrsverminderung zur Folge hätte, wie vielfach angenommen wurde, hat sich bisher nicht gezeigt.

Bürgerverein Rüstringen. Der Verein hielt am 11. d. M. seine Jahresversammlung in der Nordseestation Neuengroden ab. Aufgenommen wurden sechs Mitglieder. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß die wirtschaftliche sowie finanzielle Lage des Vereins eine gute ist. Durch Aufnahme von 107 Mitgliedern im Laufe des Jahres hat der Verein einen Mitgliederbestand von 503 am Jahresschluß zu verzeichnen. Verstorben sind im Laufe des Jahres drei Mitglieder. Auf Antrag wurde der Vorstand in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Zu Revisoren wurden die Herren Osterkamp und Wilh. Janßen gewählt. Die Wahl der Unterkassierer wurde vertagt. Beschlossen wurde die Erhöhung sämtlicher Sterbegeldsätze um 50 Mark. Eine Erhöhung der Beiträge findet dadurch nicht statt. Ferner wurde beschlossen, eine Konfirmationsbeihilfe von 100 Mark an die Mitglieder zu zahlen. Um in Zukunft den Versammlungsbesuch zu beleben, soll jede Versammlung durch Handzettel bekanntgegeben werden. Nach einer sehr regen Aussprache über kommunale Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Jugendherbergen. Uns wird berichtet: Der Ortsausschuß für Jugendherbergen hielt am 2. Februar d. J. seine erste diesjährige Mitgliederversammlung ab. Ihm gehören jetzt 15 Körperschafts- und 16 Einzelmitglieder an. Jeder Verein und jede Einzelperson kann gegen Zahlung eines mäßigen Beitrages Mitglied werden, um so zur Hebung des Jugendwanderns beizutragen. Der Ortsausschuß hat zu Herbergszwecken am Banter Deich befindliche Räumlichkeiten eingerichtet. Die Herberge hat sich dank der Hilfsbereitschaft einiger Behörden bei der Beschaffung von Inventar und dergleichen sehr zu ihrem Vorteil verändert. Im vergangenen Jahre konnten in ihr 770 jugendliche Wanderer beherbergt werden. Oft mußten wegen Ueberfüllung der Herberge den Jugendlichen Privatquartiere angewiesen werden, so daß die Anzahl der vom Ortsausschuß im Jahre 1921 insgesamt hier beherbergten Jugendlichen etwa 1000 betrug; ein Beweis, daß die bisherigen Räume nicht genügen. Am 18. d. M. wird in Oldenburg eine Sitzung des Zweigausschusses stattfinden, zu der die Entsendung von Vertretern erwünscht ist. Zweck dieser Zusammenkunft ist die Aenderung der Satzungen. U. a. soll der Sitz, der bisher Oldenburg war, wegen Ausscheidens des bisherigen Leiters nach Bremen verlegt werden. Ferner sieht der Entwurf eine erneute Regelung der Beitragsfrage vor. Der Beitrag soll für Vereine 50 Mark (bisher 20 Mark), für Einzelmitglieder 20 Mark (bisher 10 Mark) betragen. Da dem Verbande eine größere Anzahl kleinerer Jugendverbände angeschlossen ist, und die Erhöhung des Beitrages für diese eine größere Belastung bedeuten würde, soll von hier aus versucht werden, in Oldenburg dahin zu wirken, nur eine 100prozentige Erhöhung gegenüber den bisherigen Sätzen eintreten zu lassen. — Zur Entsendung zu der Zweigausschußsitzung wurden zwei Vertreter gewählt. — Es steht zu erwarten, daß auch unsere Stadtverwaltungen weiterhin die Bestrebungen, Jugendherbergen zu schaffen und zu unterhalten, unterstützen werden, denn auch sie haben ein großes Interesse daran, den Fremdenstrom zu den Jadestädten zu fördern und den Fremden einen möglichst angenehmen Aufenthalt zu gewähren.

Witterungsumschlag. Die Kälte hat in ganz Norddeutschland erheblich nachgelassen. Gestern nachmittag war die Temperatur infolge des in der vorgerückten Zeit schon ziemlich hohen Sonnenstandes frühlingsmäßig warm. Man bemerkt jetzt vielfach, daß der Frost dem Boden entzogen wird und aufsteigt. Des Morgens ist daher überall Glatteis zu verzeichnen. Wie es aussieht, scheint ja die Erwärmung weiter fortzuschreiten. Ob aber nicht bald wieder ein Kälterückschlag kommt, ist nicht zu sagen. Der Verlauf des Winters hat gezeigt, daß diejenigen, die auf Grund der Tatsache, daß die Winterschläfer sich tief in die Erde eingegraben haben, einen langen Winter vorausgesagt hatten, Recht bekommen. Hoffen wir, daß die Kälte vorüber ist.

Wildernder Hund. Gestern mittag sahen Personen, welche den die Peterstraße verlängernden Weg am Banter Friedhof passierten, wie ein Hühnerhund die friedlich auf den Aeckern hinter der Badeanstalt, Oldeoogstraße, nach Futter suchenden Hühner solange hetzte, bis ein Huhn vor Mattigkeit von demselben gefangen und zwischen seinen Zähnen sein Leben lassen mußte. Die Schnauze voller Federn zog der Blutdürstige auf ein neues Opfer los. Dieses flüchtete auf den Spielplatz der Fräulein-Marien-Schule; doch ereilte diesem dasselbe Schicksal. Als durch den Lärm der Hühner eine Bewohnerin des Hauses erschien, machte sich der Köter in der Richtung Peter—Oldeoogstraße aus dem Staube. Mögen diese Zeilen den Hühnerzüchtern eine Warnung sein, ihr Federvieh nicht ohne Aufsicht frei herumlaufen zu lassen und die Besitzer solcher Raubtiere werden auch nicht lachen, wenn sie den Schaden bezahlen müssen.

Wilhelmshaven, 15. Februar.

Arbeiterzüge. Dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund Wilhelmshaven-Rüstringen wird folgendes von der Eisenbahndirektion Oldenburg mitgeteilt: Wir werden vom 15. Februar ab die von Ihnen gewünschten Arbeiterzüge zwischen Wilhelmshaven und Varel einlegen. Bis 31. März verkehrt der Zug Wilhelmshaven ab 6,30 vorm., Varel an 7,12, der Gegenzug Varel ab 4,20 nachm., Wilhelmshaven an 5,04; ab 1. April: Wilhelmshaven ab 5,58 vorm., Varel an 6,40, der Gegenzug Varel ab 3,48 nachm., Wilhelmshaven an 4,32 Uhr. — Der Personenzug Nr. 11, der bisher 5,51 Uhr gefahren, fährt von jetzt ab 6,14 Uhr vormittags und ist in Oldenburg 7,47 Uhr. Von da ab fährt er wieder fahrplanmäßig. Der Zug Nr. 32 fährt ab Varel 4 Uhr nachm. und ist in Wilhelmshaven 4,43 Uhr. Der Morgenzug von Wittmund fährt 5,27 Uhr und ist in Wilhelmshaven 6,49 Uhr vormittags.

Ersatz der Polizei- und Kriminalkommissare. Der amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: Nach einer Verfügung des Ministers des Innern hat die Auswahl und Heranbildung des Ersatzes der Polizei- und Kriminalkomissare bei den staatlichen Polizeiverwaltungen von jetzt ab nach folgenden Grundsätzen zu erfolgen: Als Anwärter kommen in Betracht: a) Polizeioffiziere, b) Polizei- und Kriminalsekretäre, Polizei- und Kriminalassistenten, Polizei- und Kriminalbetriebsassistenten, c) Beamte des polizeilichen Verwaltungsdienstes, d) Angehörige freier Berufe. Bewerber für den Dienst in der Verwaltungspolizei dürfen höchstens 45, für den Dienst in der Kriminalpolizei höchstens 35 Jahre alt sein. Für den Dienst in der Kriminalpolizei sind nur solche Personen geeignet, die hinsichtlich ihres Gedächtnisses, ihrer Urteils- und Kombinationsfähigkeit einer vorausgegangenen psychotechnischen Eignungsprüfung genügt haben. Die Ausbildung aller Anwärter erfolgt durch eine praktische Unterweisung sowie durch den Besuch der staatlichen höheren Polizeischule in Eiche bei Potsdam, der mit der Kommissarprüfung abschließt.

Heiratsordnung für Soldaten. Eine Heiratsordnung für die Angehörigen der Wehrmacht ist jetzt vom Reichspräsidenten mit Zustimmung des Reichsrats erlassen worden. Die vorgeschriebene Genehmigung wird in der Regel nicht vor Vollendung des 27. Lebensjahres erteilt. Gegen die Verweigerung der Genehmigung ist die Beschwerde zulässig. Voraussetzung ist, daß Antragsteller wie Braut schuldenfrei sind und die Führung des Haushalts wirtschaftlich gesichert ist. Die zukünftige Ehefrau soll einen einwandfreien Ruf genießen, selbst achtbar sein und einer achtbaren Familie angehören. Befreiungen von der Altersgrenze sind nur in besonders begründeten Fällen zulässig und müssen von der übergeordneten Dienststelle genehmigt werden. Bei

Krämer und Seelen.

Ein deutscher Großstadtroman von Johannes Thummerer.

12) Nachdruck verboten.

Auch auf Pauline wirkte diese Kauflust und Geschäftsstimmung, die die ganze Stadt in diesen Tagen wie ein aufreizendes Fluidum erfüllte. Als sie eines Abends aus der Fabrik heimkehrend an den Verkaufsbasaren vorbeiging, kam ihr in den Sinn, die hundert Mark so zu verwenden, wie sie es von Niklas gelernt hatte. Bekannte hatte sie ja genug unter den Kleinhändlern, und so gelang es ihr auch, einen Posten Wäsche billig zu erwerben und gleich am ersten Meßtag an eine auswärtige Händlerin außerordentlich günstig wieder loszuschlagen. Durch diese einmalige Metamorphose in Ware und Rückverwandlung in Geld hatte sich der Hundertmarkschein fast verdreifacht. Das versöhnte Pauline mit seiner Herkunft. Gegen ihre gewohnte Nüchternheit liebäugelte sie in ihrer einfältigen Freude fast ein wenig mit dem Gelde, das mehr war, als sie je seit ihrer Scheidung auf einmal in Händen gehabt. Und als sie in den nächsten Tagen wieder vorteilhaft einkaufte und gleich günstig umsetzen konnte, beschloß sie auf gut Glück ihre Stelle in der Fabrik aufzugeben und einen kleinen Handel anzufangen. Schon die Möglichkeit, hierbei Nirmse, wenn auch nur in kleinstem Maßstabe, ein wenig Konkurrenz zu machen, befriedigte sie ungemein und versöhnte sie im voraus mit etwaigen anfänglichen Mißerfolgen. Und da dieser Entschluß auch gebührend gefeiert zu werden verdiente, gedachte sich Pauline in den Meßtagen auch einmal ein ausgiebiges Vergnügen zu gönnen.

7.

Engrosmesse. — An den Häusern hingen, wie steife Fähnchen quer über die Straße gerichtet, zu Tausenden die bunten Schilder der Meßaussteller. Wie ein schillernder Schuppenpanzer umkleideten sie die Mauern. Ueber die Straßen hinweg, von Haus zu Haus schwangen sich in flatterndem Bogen Plakate von Leinwand, von den Dächern, aus den Fenstern grüßten sie, kauerten an den Rampen, baumelten auf den Balkons, wehten über den Türen, rote, grüne, weiße, blaue, gelbe Fähnchen und Plakate.

Die Auslagen strotzten von Waren. Manchmal waren in eine die Muster von fünf und mehr Firmen gestopft. Spielwaren, Keramiken, Nippsachen, Zierartikel, Kleinmöbel ruhten einträchtig nebeneinander, ein paar Dutzend Musterschuhe teilten sich friedlich mit Ofenkacheln in ein winziges Plätzchen. Damenwäsche vertrug sich mit Herrenhüten und Spazierstöcken, Juwelen mit Küchengerät. Es war, als hätte ein neckischer Kobold die Erzeugnisse der verschiedensten Branchen in übermütigem Spiel durcheinander geworfen. Und doch war in diesem vielfältigen Durcheinander auch Zweck und Absicht zu sehen. Die Kauflustigen fanden sich an Hand der Firmenlisten und Ausstellerverzeichnisse leicht zurecht, die Mannigfaltigkeit verwirrte nicht, sondern lenkte dahin, dorthin, regte an und gab zugleich ein schönes Bild des großen Reichtums an Ornamenten, figuralen Einfällen, Vereinfachungen, neuen Modellen alltäglicher Nutz- sowie Ziergegenstände.

Für die Kaufleute war es eine Lust, all diese Vielfalt in sich aufzunehmen. Deutschlands Handelsgeist frohlockte in einem jeden von ihnen. Eine feine Kette zog er von Herz zu Herz des Käufers und Verkäufers, von Firma zu Firma. Ein tausendmaschiges Netz geschäftlicher Verbindungen, das von Land zu Land, von Stadt zu Stadt, über Meere und Grenzpfähle hinweg von Konstantinopel bis Helsingfors, von Hamburg und Antwerpen bis Yokohama und Melbourne, von Petersburg bis Neuyork und Chicago reichte, ein ungeheures Netz, dessen strahlender Mittelpunkt diese Stadt mit ihren prunkvollen Meßpalästen war. Aber die ganze Größe und Allgewalt, die so lockte und Verwicklungen spann, die vielleicht manchen sein Letztes daran wagen ließ, um Waren zu erstehen, die er tatsächlich nicht preiswert wieder losschlagen konnte, die vielleicht manchen nur hergelockt hatte, um ihn mit einem Fußtritt in den Abgrund der Not und Armut zu stoßen, andere aber, kleine Krämer, gierige Streber, rief, um sie reich zu machen und einen Millionengewinn spielend in die Tasche zu schieben, das Unheimliche dieses Handelsgeistes, der mit einem tausendköpfigen Stab von Zwischenhändlern regierte, der Wechselschulden wie Waggonladungen einer Ware hin und her wälzen ließ, wie durch eine Telephonzentrale mit tausend Anschlüssen an die Köpfe seiner hilflosen Trabanten Bestellungen diktierte, erhob und stürzte, — dieses Unheimliche kam fast niemandem zum Bewußtsein. Und auch dies nicht, unter wieviel Qual manche der ausgestellten Waren verfertigt sein mochten, daß um ihr Gelingen oft Millionen arme junge und alte Hände sich abmühten, Kinder sich die Schwindsucht in die Lungen arbeiteten, Frauen den sicheren Tod einatmeten, Greise froren, Kranke ihr bißchen Lebenskraft verbrauchten, trotzige unbändige Männer Erbitterung und Unzufriedenheit nährten; daß um dieser kleinen und großen, wichtigen und unwichtigen Dinge willen Streiks entstanden, Revolten ausbrachen, Mordanschläge geschahen, Firmen, Trusts, Konzerne, Gesellschaften einander bis aufs Blut hetzten, Banken einander in den Ruin hetzten, Konkurse ausbrachen wie Epidemien, ja nationale und staatliche Gegensätze sich zuspitzten. Daß die vielen Dinge, Pelze, Tuche, Juwelen, Leinensorten, Papiermengen die Wellen waren, die den einen hochtrugen, den andern in den Abgrund rissen, und daß ihre Vervielfältigung, Verarbeitung und ihr Umsatz den großen Teil des Reichtums eines Sechzigmillionenvolks ausmachten.

Aeußerer Schein, Prunk, Fröhlichkeit, Musik, Lachen verdeckte, überwellte all diese Untergründe und tieferen Bezüge. Im Glanz der Reklameplakate, der Glühbirnen und Spiegelscheiben nahm sich alles so heiter und gefällig aus. Ein falsches Lächeln übertünchte die Gier, freundliche Blicke verhehlten dunkle Absichten, und die verbindlichen Redensarten, mit denen beiderseits, von Käufer und Verkäufer Hunderte von Bestellungen in die Notizblocks eingetragen wurden, ließen das Schwerwiegendste als Spielerei erscheinen. Das Treppauf-, Treppabeilen, Gaffen und Stehenbleiben so vieler, die nur ihre Schaulust durch die Gänge und Hallen führte, verlieh manchem der Meßgäste den Anschein eines einzigen riesigen, prunkvollen Panoptikums.

Auf den Straßen staute sich der Strom der Menschen zu einer dickflüssigen schwarzen Flut, aus der Lachen und Stimmengeschwirr wie ein dumpfes Gurgeln aufbrodelte. Mittendurch drängelte sich, wie gegen die Strömung kämpfend, halb darein versunken, der lange Zug der Reklameträger, große und kleine Burschen, Gelegenheitsarbeiter, Dienstleute, stellungslose vielfach vorbestrafte Tagediebe, Schwindsüchtige, nur zu leichter Arbeit verwendbare Invaliden der Industrie, die riesige bunte Plakate trugen oder auf den Rücken geklebt hatten. Viele waren als Tiere verkleidet, so trabte einer als langhalsige Giraffe, die hoch in ihrem Gebiß eine Tabakpfeife, eben das Reklameobjekt, schwang. Ein anderer, der eine Pelzwarenfirma vertrat, trottete als Eisbär daher. Die Tafel seiner Firma trug er an einer Stange hoch; ein Dritter bewies sehr deutlich mit seinem Strohhut, daß die Hüte der Fabrik Samuel Levy u. Co. die besten seien; ein Vierter schwang zu entsprechendem Zweck eine große Weinflasche, ein Fünfter hatte riesige Handschuhe angesteckt, ein Sechster schwenkte einen Weiberrock und ein paar Spitzenhöschen als Fahne, ein siebenter wandelte inmitten eines vierwandigen, mit Plakaten beklebten Gestells wie in einem Schilderhäuschen, dann kamen Indianer, Neger, Eskimos, eine Gans watschelte andächtig mit weißem, auf Pappe geklebtem Gefieder daher, eine Tänzerin pries sehr deutlich an eigenen drollen Gliedern ein rotes Trikot und seidene Röckchen an, ein Gent mit weiten, gelbkarierten Hosen und buntbemaltem Frack versicherte durch sein Plakat, daß er prinzipiell nur Jasmatzi-Zigaretten rauche, und ein Zwerg, der auf einem Eselchen ritt, brüllte unablässig in ein Schallrohr: „Olla-Gummiartikel sind einzig in ihrer Art.“

Straße auf Straße ab wandelte der bunte Zug, unablässig, träg: die Wellen der neugierigen Menge brandeten an ihn, ihr Lachen sprudelte an ihm empor, Witzworte pflogen unablässig hin und her. Wie ein Pfahl stand da und dort einer und notierte ein-

Landesbibliothek Oldenburg

einer Ablehnung sind dem Antragsteller die Gründe schriftlich mitzuteilen. Die Entscheidung trifft bei Offizieren, Sanitäts- und Veterinäroffizieren sowie Militärbeamten der Reichswehrminister, sonst bestimmte Vorgesetzte.

Verbindung mit Butjadingen. Wie uns mitgeteilt wird, haben in diesen Tagen Besprechungen stattgefunden, um eine bessere Verbindung zwischen den Jadestädten und Butjadingen herbeizuführen. Die Butjadinger Bahn ist zu Entgegenkommen bereit. Notwendig sein würde auch, daß ein angemessener Dampferverkehr zwischen Wilhelmshaven und Eckwarderhörne ins Leben gerufen wird. Der Erfolg würde sein, daß Bremerhaven von hier aus in 3¼ Stunden zu erreichen ist. Unter den heutigen Verhältnissen dauert die Fahrt, die über Rodenkirchen—Nordenham erfolgen muß, nahezu die doppelte Zeit. Das Ergebnis dieser Besprechung ist den städtischen Stellen, sowie anderen Interessenten mitgeteilt.

Bücherzettel. In Versenderkreisen besteht vielfach die Ansicht, daß „Bücherzettel" in Kartenform, wie sie zur Bestellung von buchhändlerischen Werken, Büchern usw. verwandt werden, als „Drucksachenkarten" zur ermäßigten Gebühr von 40 Pf. versandt werden können. Das ist ein Irrtum. Die „Drucksachenkarten" bilden eine Versendungsart für sich; in ihrem Wortlaut dürfen keinerlei Zusätze oder Abänderungen handschriftlich oder auf mechanischem Wege gemacht werden. „Bücherzettel", die als offene Karten oder unter Umschlag oder Band eingeliefert werden können, müssen auf der Vorderseite die Angabe „Bücherzettel" tragen. Es ist gestattet, auf ihnen die bestellten oder angebotenen Werke handschriftlich oder mechanisch zu bezeichnen und die gedruckten Mitteilungen ganz oder teilweise zu streichen oder zu unterstreichen; sie sind nur gegen die gewöhnliche Drucksachengebühr von 50 Pf. zur Beförderung zugelassen.

Seebadeverein. Am Donnerstag den 16. Februar, abends 8.15 Uhr, findet im Parkhause die Gründungsversammlung des Seebadevereins Wilhelmshaven statt.

Vorträge, Theater, Konzerte und sonstige Veranstaltungen.

Adler-Theater. „Rosenmontag" wird nur noch bis Ende der Woche aufgeführt, da am Sonntag die Erstaufführung des Lustspiels „Das Konzert" von Hermann Bahr ist, welches in der nächsten Woche für die Freie Volksbühne gegeben wird.

Monopol. Morgen Donnerstag den 16. Februar findet im Monopol ein Rothe-Konzert unter Mitwirkung von 20 Musikern des Philharmonischen Orchesters statt. U. a. wird das humoristische Tongemälde „Ein Sonntag in Wilhelmshaven" aufgeführt.

Proletarische Feierstunde. Der Bildungsausschuß der USP. veranstaltet am Freitag den 17. d. M., abends 7.30 Uhr, im Saale des Werftspeisehauses einen Vortragsabend, bestehend aus Gesangsvorträgen, Rezitationen und Musikvorträgen. U. a. erfolgt die Wiedergabe einer Szene aus Goethes Faust.

Aus dem Lande.

Sengwarden. Landverpachtung. Am Dienstag war Landverpachtung in Utters. Es wurde mit 3000 Mark für ein Matt ein recht hoher Preis erzielt.

Colmar. Schadenfeuer. Dem Landwirt W. Wallrafe jr. ist eine große Strohmiete abgebrannt. Es lagerten darin etwa 18 000—20 000 Pfund Stroh. Vielleicht hat sich im Schutze der Strohmiete, an der ein Richtpfad vorbeiführt, jemand die Pfeife angezündet und ist dabei unvorsichtig gewesen.

z. Jever. Eichnebenstelle. Der Sprechtag der Eichnebenstelle Jever, welcher bisher am dritten Donnerstag eines jeden Monats stattfand, ist jetzt auf den dritten Freitag eines jeden Monats verlegt worden. Der nächste Sprechtag wird also am 17. Februar abgehalten.

Bad Zwischenahn. Schulfragen. In einer stark besuchten Versammlung sprach man sich einstimmig für die Angliederung einer staatlich vollberechtigten fünfklassigen Mittelschule an unsere achtklassige Volksschule aus.

Varel. Eiswanderung. Ueber das Eis des Jadebusens sind an einem Tage der letzten Woche vier Herren aus Wilhelmshaven nach Dangast gegangen. Der Uebergang bietet wenig Gefahren, da auch die Sieltiefen und Priele mit tragfähigem Eis überzogen sind. Es ist dies seit den 90er Jahren wieder der erste Fall.

Brake. Gefährliche Fahrt. In große Gefahr gerieten vor einigen Tagen drei Knaben auf dem Eise der Weser. Sie hatten sich bei der Kaje auf dem stehenden Eisrande zu weit auf den Strom hinaus gewagt. Eine große Eisscholle, auf der sie sich gerade befanden, löste sich plötzlich vom Rande los und trieb nun stromabwärts. In der Nähe des Piers streifte die Scholle einen dort liegenden Prahm und den geängstigten Knaben gelang es, auf den Prahm hinüber zu klettern. Infolge des Druckes der Eismassen geriet aber auch der Prahm ins Treiben. Als dieser nun in der Nähe der Fettraffinerie den stehenden Eisrand der Weser wieder streifte, sprangen die Knaben beherzt auf diesen hinüber und es gelang ihnen, über diesen Eisrand das sichere Land wieder zu erreichen. Der Prahm wurde später bei Dedesdorf von einem Eisbrecher aufgehalten und in Sicherheit gebracht.

Emden. Nachrichten für Auswanderer. Holland ist zurzeit kein Ziel, das man deutschen Auswanderern empfehlen könnte. Die Wirtschaft des Landes leidet sehr unter dem hohen Stande der Valuta einerseits und der Ueberschwemmung durch billige deutsche Erzeugnisse andererseits. Die Arbeitslosigkeit ist sehr stark; die Zahl der Konkurse hat sich gegen das Vorjahr um 50 v. H. erhöht. Die Arbeiterschaft hat sich schwer gegen Lohnherabsetzungen zu wehren. Daneben besteht noch immer eine nicht unwesentliche Verteuerung der Lebenshaltung.

Norderney. Besorgnis um das Schicksal der Bewohner der Insel Juist. Nach wie vor ist unsere Nachbarinsel Juist vom Verkehr mit dem Festlande abgeschnitten und von den starken Krallen des Eises fest umschlossen. Das dieser Tage kursierende Gerücht, Juist würde von hier aus durch den Frisiadampfer mit Lebensmitteln versorgt, entbehrt jeder Grundlage, es ist auch bei diesem starken Eisgang an eine Hilfe nicht zu denken. Sollte ein baldiger Witterungsumschlag nicht erfolgen und die Lage auf der Insel ernste Gestalt annehmen, so dürfte wohl nichts anderes übrig bleiben, als auf dem Luftwege mittels Landflugzeugen den bedrängten Juistern zu Hilfe zu kommen.

Helgoland. Telegraphen- und Fernsprechkabel. Zur Bezeichnung der zwischen Helgoland und der Düne verlaufenden Telegraphen- und Fernsprechkabel werden in nächster Zeit an der Nord- und Westbake auf der Düne neue Sektoren eingerichtet werden. Das Reedegebiet zwischen Insel und Düne, welches durch einen oder durch beide grüne Sektoren gedeckt werden wird, ist das Kabelfeld, in welchem das Ankern zu vermeiden ist.

Bremerhaven. Abnehmender Eisgang. Auf der Weser zwischen Bremen und Bremerhaven haben die Eisverhältnisse eine wesentliche Besserung erfahren. Während noch zu Anfang letzter Woche zahlreiche Schiffe des öfteren im Eise festsaßen, ist — namentlich in den letzten Tagen — etwas Luft in die Eismassen gekommen, ein Teil derselben ist mit guten Fluttiden auf Strand getrieben, ein Teil durch die südöstlichen Winde mehr und mehr weserabwärts gedrängt. Oberhalb Brake bestehen wenig oder gar keine Eisschwierigkeiten mehr.

Geestemünde. Fischmarkt. In der Woche vom 4. bis 10. Februar bewirkten der Eisenbahnerstreik und die Ungewißheit über die Freigabe der Fischausfuhr eine bemerkliche Unruhe am Markt. Es löschten 31 Fischdampfer und Logger 1 170 581 Pfund frische Seefische, mithin mehr als in der vorigen Woche. Infolge ungenügender Kohlenversorgung konnten nur 17 Dampfer zum Fang nach See gehen und 42 lagen untätig im Hafen.

Lehe. Tödlicher Unglücksfall. Bei einem Bahnübergang machten sich eine Anzahl Kinder dabei, dort stehende leere Eisenbahnwagen in Bewegung zu setzen. Durch den Zusammenprall zweier Wagen geriet ein zehnjähriger Knabe zwischen die Puffer, wobei ihm der Kopf zerquetscht wurde. Der Tod trat sofort ein.

Literatur.

Irland. Von Karl Kautsky. 32 Seiten. Preis 6 Mark. — Der furchtbare Bürgerkrieg in Irland, der eben endlich durch einen Frieden der Verständigung mit England beendet worden ist, verleiht den irischen Dingen größte Aktualität. Trotzdem sind die Verhältnisse Irlands dem deutschen Proletariat noch wenig bekannt. Karl Kautsky, der schon 1880 eine Schrift über Irland veröffentlichte und der eine größere Arbeit über dieses viel geprüfte Land vorbereitet, hat es daher für angezeigt gehalten, jetzt einen kurzen Abriß der irischen Entwicklung im Verlage der Berliner „Freiheit" zu veröffentlichen.

Vermischtes.

Harte Winter. „Ein gestrenger Winter ist — wenn ein Wolf den andern frißt. Ein noch strengerer Winter ist — wenn ein Wolf zwei andre frißt." Wir können mit dieser Charakteristik des strengen Winters zwar nicht viel anfangen, da uns die Gelegenheit fehlt, das Familienleben der Wölfe zu beobachten, aber es dürfte zurzeit doch ganz angebracht sein, den alten Kanon zu singen, namentlich dann, wenn die Kohlen nicht ausreichen, die Stube gemütlich zu machen. Vom meteorologischen oder wetterwissenschaftlichen Standpunkt aus bildet man sich andere Maßstäbe. Man zählt z. B. die Maßzahlen der Temperatur aller Tage der Monate November bis März zusammen, deren Mittel unter Null lag. Für 150 Jahre hat man aus diesen Zahlen für Berlin einen Durchschnittswert von 197 errechnet. Danach wurde ein Berliner Winter als sehr streng bezeichnet, wenn diese Maßzahl 320 erreichte und außerdem an wenigstens sieben Tagen das Tagesmittel unter 10 Grad Kälte geblieben war. Hiernach hat Berlin seit dem Jahre 1766 die härtesten Winter 1829/30 und 1888/89 gehabt; die Maßzahl betrug 683 in dem einen, 652 in dem anderen Falle, und die Zahl der Tage mit einem Tagesmittel unter 10 Grad Kälte betrug 28 und 27. Im ganzen hat Berlin seit jenem Jahre 24 strenge Winter gehabt. Der Kriegswinter 1916/17, der seinerzeit als streng empfunden wurde, ergab jedoch nur eine Maßzahl von 237. Es kamen nur vier Tage vor, an denen das Mittel unter 10 Grad Kälte blieb. Die nähere Betrachtung der 24 sehr strengen Winter zeigt, daß meistens drei bis vier Zeiträume größere Kälte vorhanden waren; die größte Kälte, 20 bis 25 Grad unter Null, ereignete sich in der Regel um die Wintermitte. Eine langandauernde Schneedecke, viel heiteres Wetter, Bodennebel und östliche Winde fördern dabei die Ausbildung des Frostes. Nur in vier Fällen folgten zwei sehr strenge Winter aufeinander. Langjährige Folgen sehr strenger Winter sind in der 150jährigen Beobachtungsreihe nicht erkennbar, doch ist eine eigentümliche Klimaschwankung festgestellt worden: von 1788 bis 1845 gab es 17 strenge Winter, in den darauf folgenden 71 Jahren dagegen nur sieben. Diese Schwankung ist tatsächlich vorhanden, wie Vergleiche mit Stockholm, Lund und Wien zeigen; sie ist nicht etwa durch Beobachtungsfehler vorgetäuscht.

Kalte Tage. Knackend hatte die Kälte eingesetzt. Ein Tag hatte gewissermaßen immer den anderen übertrumpft. Zu der Lebensmittelnot hatte sich die Kohlennot gesellt. Und die war womöglich noch schlimmer — womöglich noch quälender als jene. Wollte man den Ofen auch nur einigermaßen erwärmen, so fraß er fast den ganzen Tagesverdienst auf. Aber ein warmes Plätzchen wollte und mußte man haben. Jedes Kohlenstückchen, das man zufällig auf der Straße fand, wurde sorgsam aufgelesen. Kein noch so kleines Holzstück wurde liegen gelassen. Eines kam zum andern. Es kostete trotzdem doch noch genug. In alte Lumpen gehüllt kauerten die Kinder um den Küchenherd. Fröstelnd und hungrig schauten sie mit großen, gierigen Augen auf den Teekessel, in dem Wasser für die dünne Mittagssuppe dampfte. Die Mutter hantierte an einem Korbe, in dem Kartoffeln lagen: fleckige, halberfrorene Erdknollen, die sie irgendwo unter der Hand zu einem etwas geringeren Preise als dem üblichen erstanden hatte. Ihre klammen Finger, die sie kaum recht bewegen konnte, zitterten leicht. Ein altes schlissiges Umschlagetuch hatte sie um die schmalen Schultern gezogen. Ab und zu schüttelte ein hohler Husten ihre hagere Gestalt. Die Kinder achteten nicht groß darauf. Mit begehrlichen Augen starrten sie nun auf das Entstehen der Mahlzeit, die ihnen den Hunger stillen und dem Körper einige Wärme zuführen sollte. Bald mußte ja nun auch der Vater kommen. Der war es nicht gewohnt, lange auf die Mahlzeit zu warten. Das wußten sie. Und sie wußten auch, daß die Mutter auf Pünktlichkeit hielt. Empfindlich kühl war es, trotz der vielen Personen, die sich in ihm aufhielten, in dem kleinen Raum. Der Dampf des Teekessels wölkte in einem dichten Strahl. Und der Hauch eines jeden Mundes setzte kleine weiße Dampfwolken in Bewegungen. Die Fensterscheiben waren dicht gefroren. Nur eine matte Wärme vermochte die Herdflamme zu spenden. Das Holz war rar. Die Kohlen waren teuer, und die Kälte nahm von Stunde zu Stunde zu.

Humor und Satire.

Die falsche Rubrik. „Frau Meyer erzählte mir gestern, Schulzes hätten Drillinge bekommen; ich dachte, ich könnte das hier in der Zeitung eine Anzeige finden, aber es steht nichts drin!" — „Wo suchst du denn — unter Familiennachrichten?" — „Ja, wo denn sonst?" — „Nun, Drillinge, das gehört schon unter Vereinsnachrichten!" (Dorfbarbier.)

Der kleine Held. Fritzchen: „Ich hab' heute nich geschrien beim Onkel Zahndoktor!" — Besucher: „Hat es denn sehr weh getan?" — Fritzchen: „Nee, gar nich — Mama hat sich ja zwei Zähne rausziehen lassen!" (Münchener „Jugend".)

Rüstringer Parteiangelegenheiten.

Wohlfahrtsausschuß. Zusammenkunft der Genossinnen Mittwoch abend 8 Uhr im Parteibureau. Es stehen einige Besprechungen zur Tagesordnung, sonst ist der Abend als Arbeits- und Leseabend gedacht und wollen sich die Genossinnen deshalb mit einer Handarbeit versehen. Neue Mitglieder willkommen.

Vertrauensmännersitzung. Am Mittwoch den 15. Februar, abends 8 Uhr, im Werftspeisehause (kleines Beamtenzimmer) Sitzung der Parteivertrauensmänner. Wichtige Tagesordnung. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Verantwortlich für Politik, Feuilleton und den allgemeinen Teil: Josef Kliche, für Aus Stadt und Land: Karl Schel, Verlag Paul Hug; Druck Paul Hug u. Co., sämtl. in Rüstringen.

Schlingmann Konserven-Dosenöffner „Moment" und Kapselöffner „Gummischützer" öffnen Dosen u. Gläser spielend leicht. Gasanzünder „Zündst-insparer". Stein entfernt mühelos. Wäscheleinenspanner „Leine-Straff" spart Arbeit. — Nur bei **J. Egberts**, Großes Geschäftshaus.

Adresse, vor den Eingängen und Torsäulen der Meßpaläste wogte die Menschenflut wie vor riesigen Wellenbrechern, Zeitungsausrufer arbeiteten sich, heiser die neuesten Ausgaben ausschreiend, wie tüchtige Schwimmer vorwärts, aber die Reklameträger zogen gelassen, durch nichts aus ihrer Ruhe zu bringen, mit komischer Feierlichkeit ihres Weges, fast wie eine zu Götzenbildern wallfahrende Prozession. Das Licht des Tages wandelte sich über ihnen in den schmalen Winkeln, die die Balkone, Erker und vielen Fahnen freiließen, dunstverschleiert von der spätwinterlichen Morgenhelle zum milden Schein des Mittags fast unvermerkt... Und jäh blitzten schon am Spätnachmittag Hunderte von elektrischen Glühbirnen auf, das Glanzlicht der Reklamen fegte die Straßen entlang, fraß sich wie mit rollenden Zungen und weißglühenden Zähnen in den Himmel und übergoß die blaufallenden Schleier des Abends mit glosenden Fluten. Tausende von Gesichtern netzte das Licht der Bogenlampen, stach in aufblitzende Augen, hing in wirren Fetzen an den Fensterscheiben und jagte seinen weißen Strahlen gegen die schwächeren zahlloser Flämmchen, Glühbirnen und den Widerschein der Spiegel in den Warenauslagen. Und durchtobt, umbrandet von diesen rasenden Tumulten des Lichts wogte der ungeheure Verkehr weiter, unablässig, graus.

Am Rande des wilden Strudels von Farbe, Bewegung und Menschengedränge, auf dem die Köpfe der Leute mit vielen Gesichtern schwammen, wie die Köpfe Enthaupteter, stand Willibald stundenlang. Es war am fünften Tag der Großmesse. Zu Haus, bei Tisch, hatte man von dem außerordentlich guten Besuche der Messe gesprochen, von den Tausenden von zugereisten Fremden und von dem ungemein gesteigerten Verkehr in den Straßen, und in der Schule hatte der und jener Mitschüler stolz erzählt, daß seine Eltern einen Meßbesucher beherbergten. Da hatte dem Jungen die Neugierde keine Ruhe mehr gelassen, heimlich hatte er sich fortgeschlichen. Aber sein anfängliches Staunen über die Pracht und Buntheit der ausgestellten Gegenstände wich bald einer ungewissen Bangnis. Was sollte all dies, frug er sich kindlich, dieses Gedränge, dieses Sich-gegenseitig-vorwärts- und Beiseitestoßen, dieses Gehetze und Rennen nach einem Ziel: war es gut? war es recht? war es gerecht? wollte es Gott? ... Unwillkürlich verquickte er die Erfahrungen und Lehren der Religionsstunde mit diesem Erlebnis. Der Religionslehrer, ein schwärmerisch veranlagter Mann, sprach gern davon, daß die Menschen vielfach, ja meistens nicht das taten, was Gott wollte. Der Knabe wagte nie nach einer Erklärung, nach Einzelheiten, Beispielen zu fragen. Das erhöhte seine Verwirrung und ließ ihn bei tausenderlei Gelegenheiten die Frage aufwerfen, ob dies und jenes Gott wollte oder nicht, und er kam dann meist zu der Antwort: wenn Gott es nicht wollte, konnte er es ja verhindern, aber er duldete es in seiner unermeßlichen Langmut.

Die gleiche Frage hatte Willibald an diesem Nachmittage, und er entschied wiederum: Gott duldet es! Er begriff diese Duldung nicht, vor der ihm bangte, aber er glaubte fest an sie. Gott duldete es, daß die Häuser so hoch sich reckten, von denen jeden Augenblick ein Kind fallen konnte; Gott duldete es, daß die Frau Kirmse ihrem Manne weglief, der sie schlug; Gott duldete es, daß seine Eltern fremd und kalt zu ihm waren; Gott duldete es, daß diese armseligen maskierten Gestalten mit verzerrten häßlichen Gesichtern durch die Straßen irrten, ein grauser Zug lebender Leichen, die etwas anpriesen, was ihnen nicht gehörte. Sie priesen Schuhe, Kleider, Schmuckstücke an und waren selber arm, aber der, dem die Dinge gehörten, der war sicher reich und brauchte darum nicht selber mit den marktschreierischen Plakaten durch die Straßen zu wandern. — Und die sich hier durch die Straßen drängten, die kümmerten sich auch in blindem Eifer um Dinge, die ihnen nicht gehörten und die sie vielleicht gar nicht so notwendig brauchten. Wozu? Warum? War das nötig, nötig zu einem glücklichen, zufriedenen Leben? ...

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Berliner Reigen. Baby-Ball im Admiralitätspalast ... Eintritt 100 Mark. — Schieber, Kurfürstendammdämchen und ähnliches Gesichter. Ein buntes Gemisch von Leuten, denen die Reparationslasten keine Kopfschmerzen bereiten.

Am Eingang vier betreßte Diener. Mit Kennermiene mustern sie die Einlaßbegehrenden. Sie leben von den Brosamen, die aus den Taschen der „Kavaliere" in die ihrigen wandern, Bettelgeld!

Die große Eisarena ist parkettiert. Nach den Klängen Straußscher Walzer tanzt, schiebt, zappelt, wackelt die Perversität. In der linken Ecke des Orchesters ein Musiker — er bläst das Horn. Wie lange noch? Hohlwangig, mit tiefliegenden Augen und übernächtigem Gesichtsausdruck bläst er sein Sterbelied. Die unten aber tanzen danach — jauchzen!

An den Tischen rings umher fließt der Sekt in Strömen. Die Flasche 300 Mark. Bagatelle! Die Speisekarte — doch still! Das wäre Aufreizung zum Klassenhaß.

Im ersten Rang hat die „Elite" sich niedergelassen. Samt, Seide, Brillanten und nackte schwabbelnde Fleischmassen sind ausgestellt und werden zum Verkauf angeboten.

Im Vestibül ein Karussell mit einer Drehorgel. Der Drehorgelspieler läßt sich in gleicher Weise honorieren wie die Portiers. Er hat heute seinen Glanztag.

Da — ein Trompetensignal! Cella de Abendt!!! Man klatscht, johlt, pfeift. Cella muß Geld verdienen; 10 000 Mark Geldstrafe müssen schleunigst wieder reingebracht werden.

Und ihr Gatte, der Herr Oberleutnant Monokelträger — so'n fabelhafter Kerl — will doch leben! Eine feine, vorbildliche, echt deutsche Offiziersehe! Also Cella tanzt — und der Herr Oberleutnant, ihr Herr Gemahl, steht währenddessen mit dem Herrn Direktor hinter den Kulissen des zweiten Ranges, die innere Unruhe durch eine Zigarette beschwichtigend. Die Herren kennen ihr Publikum. — ... Wenn — äh — wenn das Publikum die Kette durchbricht! Fatale Sache, käme doch zum Skandal! — Gerade jetzt, nach dem Prozeß. — Die Leute da unten sind doch berauscht!"

Genug! — — Garderobe! — — Wirklich so leicht erkälten sich die Leutchen nicht nach dem Tanz. Kostbare Pelzgarnituren hängen sauber geordnet in Reih und Glied. Werte, die in die Hunderttausende gehen.

Ich frage die engbrüstige, blasse Garderobenfrau, wie lange ihr Dienst geht.

„Von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens, gnädiger Herr!"

„So, so — da haben Sie wohl einen schönen Lohn?"

„Ach, gnädiger Herr, festen Lohn erhalte ich für die ganze Nacht 13 Mark abzüglich 1 Mark Steuern und 3 Mark Fahrgeld. Das macht 9 Mark. Trinkgeld habe ich heute noch keinen Pfennig."

So ist das Leben! Ein Reigen, aber kein schöner.

Proletarier, wieviel Arbeit tut noch not!

Arbeiterlos.

Ob Flocken fallen, ob Rosen blühn,
Ob der Frühling im Lande lächelt als Gast,
Wir keuchen am Strick ... Wir müssen ziehn
Immer dieselbe Lebenslast!

Der Strick wird nie locker, der Strick hält
Wir keuchen stöhnend, müd und gebückt,
Bis der Strick uns die Kehle zugepreßt,
Und wir zusammenknicken erstickt!

Der Pfad ist steil und der Weg ist lang,
Und dennoch gibt es für uns keine Rast
Auf unserem mühebeladenen Gang ...
O, diese Last ... diese Lebenslast! ...

Sinnspruch.

Seid Glühwein oder brunnenkühles Wasser, nur nicht abgestandenes Naß, das jeden anekelt; seid keine Philister.

L. Börne